

Schana Tova

Zu Rosch Haschana 5777

wünschen wir

allen Freunden und

Förderern

im In- und Ausland

Gesundheit

sowie

ein glückliches

und

friedvolles neues Jahr.

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT

Mitteilungsblatt des Bochumer Bürgervereins

Bochum, September 2016

Nr. 20



**Bundestagspräsident N. Lammert, G. Rabinovich,
H. Schneider, G. Brakelmann, M. Keller**

Foto: G. Nierstenhöfer

MASEL TOV

Wir grüßen alle unsere Leserinnen und Leser
zum NEUEN JAHR und wünschen
Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V. BOCHUM

Inhalt:		
Liebe Freunde		3
H. Schneider		
Rückblick auf die Arbeit des Vereins		4
H. Schneider		
Verlegte Stolpersteine 2015		10
G. Nierstenhöfer		
Verleihung der Dr. Ruer-Medaille		11
Prof. Brakelmann - Laudatio		13
M. Keller - Dankrede		23
H. Schneider - Dankrede		31
G. Nierstenhöfer		
Erinnerung an Hannes Bienert		36
WAZ „Ein altes Kämpferherz hat aufgehört...“		38
H.-W. Kessler Nachruf		40
H. Schneider		
Die Nürnberger Gesetze		44

Impressum
Herausgegeben von
ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V.

Redaktion:
Ingrid Schneider
Günter Nierstenhöfer
Dr. Fabian Andor

Anschrift:
ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V.
c/o Dr. Hubert Schneider
Auf dem Aspei 63, 44801 Bochum
E-Mail: hubert.schneider@rub.de
Internet: www.erinnern-fuer-die-Zukunft.de

welche die Möglichkeit genießt, unter staatlichem Schutz ihr eigenes kulturellen und nationales Leben zu bewahren.“

Der ultrareligiöse Teil der jüdischen Gemeinschaft begrüßte sogar die neue Lage. Am 19. September 1935 bewillkommnete „Der Israelit“, das Organ des orthodoxen Judentums, nachdem er seine Unterstützung für den Gedanken von kultureller Autonomie und getrennter Erziehung zum Ausdruck gebracht hatte, ausdrücklich das Verbot von *Mischehen*. Und was die deutschen Zionisten anging, so wollten sie mit der deutschen Regierung über Mittel und Wege zu einer schrittweisen Auswanderung der deutschen Juden nach Palästina im Laufe eines Zeitraums von 15 bis 20 Jahren verhandeln. Wie andere Gruppen der deutschen Juden äußerten sie die Hoffnung, dass in der Zwischenzeit ein autonomes jüdisches Leben in Deutschland möglich sein werde.

Sie alle sollten sich täuschen. Der Glaube an die Gültigkeit von verabschiedeten Gesetzen war offensichtlich ungebrochen, obwohl die Erfahrungen der letzten Jahre andere gewesen waren. Die in Nazideutschland verabschiedeten Gesetze waren das Papier nicht wert, auf dem sie standen. Sie waren den von den Nazis für den Augenblick erkannten Notwendigkeiten geschuldet. Änderten sich diese Notwendigkeiten, verloren auch die Gesetze ihre Bedeutung, konnten sie neu formuliert oder außer Kraft gesetzt werden.

Hubert Schneider

Bankier fasst zusammen. *„Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Nürnberger Gesetzen zustimmte, denn sie identifizierte sich mit der Rassenpolitik, und die Diskriminierung hatte durch sie einen permanenten Rahmen erhalten, wodurch der herrschende Terror beendet wurde und den antisemitischen Aktivitäten präzise Grenzen gesetzt wurden.“*

Und wie reagierten die Juden auf die Nürnberger Rassengesetze?

„Wir nehmen in diesen Tagen zugleich vom alten Jahr und von einem Jahrhundert Abschied“, erklärte die C.V.-Zeitung etwa zwei Wochen nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze. *„Ein Geschichtsabschnitt geht zu Ende.“* Doch dieses scheinbare Verständnis dafür, dass sich die Situation drastisch änderte, führte zu keinen durchschlagenden Empfehlungen. Viele deutsche Juden hofften immer noch, die Krise ließe sich in Deutschland überstehen, und die neuen Gesetze würden einen anerkannten Rahmen für ein abgesondertes, aber gleichwohl erträgliches jüdisches Leben schaffen. Die offizielle Reaktion der Reichsvertretung (die jetzt den Namen von „Reichsvertretung der deutschen Juden“ in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ ändern musste) nahm Hitlers Erklärung von der neuen Basis, die durch die Gesetze für die Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den in Deutschland lebenden Juden geschaffen sei, wörtlich und verlangte dementsprechend das Recht zur freien Ausübung ihrer Aktivitäten im Bildungs- und Kulturbereich. **(Hinweis auf jüdisches Casino in Bochum).** Selbst auf individueller Ebene glaubten viele Juden, die neue Situation biete eine akzeptable Basis für die Zukunft. **(Hinweis auf Äußerung Bochumer Juden).** Nach einer Untersuchung von Berichten der Gestapo und des SD über jüdische Reaktionen auf die Gesetze waren in einer bedeutenden Zahl von Gemeinden *„die Juden gerade deshalb erleichtert, weil die Gesetze, selbst wenn sie einen permanenten Rahmen der Diskriminierung schufen, die Herrschaft des willkürlichen Terrors beendeten.“* Es gab eine gewisse Ähnlichkeit in der Art und Weise, wie durchschnittliche Deutsche und durchschnittliche Juden reagierten. Die Deutschen äußerten Zufriedenheit, während die Juden Grund zur Hoffnung sahen. Es war so, wie es der israelische Historiker Bankier formulierte: *„Die Gesetze definierten abschließend das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen. Die Juden werden zu einer nationalen Minderheit de facto,*

Liebe Freunde und Förderer des Vereins

„ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT e.V.“

Auch in der neuen Ausgabe unseres Mitteilungsblattes berichten wir wieder über Ereignisse, die jüdisches Leben in Bochum in Vergangenheit und Gegenwart betreffen, über Projekte unseres Vereins und der Organisationen in Bochum, mit denen wir kontinuierlich zusammenarbeiten.

1935 wurden in Deutschland die sogenannten „Nürnberger Gesetze“ erlassen mit weitreichenden Folgen für die jüdische Bevölkerung. Und 10 Jahre später, Ende 1945, wurde in Bochum wieder eine neue jüdische Gemeinde gegründet: Das war nicht selbstverständlich nach der fast vollständigen Ermordung der Mitglieder der alten Gemeinde. Die meisten Mitglieder der neuen Gemeinde waren die durch die Nürnberger Gesetze zu sogenannten „Mischlingen“ 1. und 2. Grades gemachten Menschen sowie deren jüdischen Elternteile. Auf diesen Zusammenhang wurde in der zentralen Gedenkveranstaltung am 9. November 2015 und in einigen Veranstaltungen im Rahmenprogramm aufmerksam gemacht. So berichtete Hubert Schneider in einem Vortrag im Bochumer Stadtarchiv über die Nürnberger Gesetze und deren Auswirkungen in Bochum. Wir drucken den Text des Vortrags hier ab.

Im vergangenen Jahr starb Hannes Bienert, der 2013 von der jüdischen Gemeinde mit der Dr. Ruer-Medaille ausgezeichnet worden war. Wir berichteten im Heft 2013 ausführlich darüber. In diesem Heft erinnern wir an den engagierten Antifaschisten.

Auch 2015 wurden in Bochum durch den Kölner Künstler Demnig wieder 20 Stolpersteine verlegt. Wir nennen die Namen und die Orte, an denen die Plaketten verlegt wurden.

2015 wurde die Dr. Ruer-Medaille der jüdischen Gemeinde an Dr. Manfred Keller und Dr. Hubert Schneider verliehen. Wir drucken die Laudatio von Professor Brakelmann und die Ansprachen der beiden Preisträger in diesem Heft ab.

Herzlichst

Ihre Redaktion

Rückblick auf die Arbeit des Vereins.

Inhaltlich standen wieder mehrere Projekte im Mittelpunkt unserer Arbeit, die teils in eigener Verantwortung, teils in Kooperation mit anderen Veranstaltern geplant und durchgeführt wurden.

- * Veranstaltung zum 9. November 2015: Wie in den Jahren zuvor, ist es auch im Jahre 2015 gelungen, die Arbeit verschiedener Organisationen im Arbeitskreis 9. November zu koordinieren. Sprecher dieses Arbeitskreises ist seit einigen Jahren Hubert Schneider. In zahlreichen Sitzungen, die auf Einladung der Jüdischen Gemeinde in deren Räumen stattfanden, wurde die Veranstaltung geplant und dann auch durchgeführt. erinnert wurde in diesem Jahr an die Neugründung der Bochumer jüdischen Gemeinde Ende 1945 Diese Neugründung war ja nicht selbstverständlich: Am Ende des Krieges lebten in Bochum noch 4 Juden. Zurück kamen in den folgenden Monaten nur wenige: Die, die Konzentrations- und Vernichtungslager überlebt hatten, mieden entweder Bochum oder kamen i.d.R. nur für kurze Zeit zurück, blieben nur solange, bis sie ein anderes Einwanderungsland fanden. Zurück kamen vor allem die erst im September/Oktober 1944 in Arbeitslager verschleppten in sogenannten „Mischehen“ lebenden Juden, deren nichtjüdische Ehepartner, die sogenannten „jüdisch Versippten“, und deren Kinder, die sogenannten „Mischlinge 1. Grades“ und „Mischlinge“ 2. Grades. Diese Gruppe bildete den Kern der neuen jüdischen Gemeinde. Sie blieben hier, weil es ja vor Ort den christlichen Teil der Familie gab.

Die Veranstaltung wurde in diesem Jahr von ca. 20 Auszubildenden bei Opel in Kooperation mit der Opel-Jugendvertretung, der IG Metall und dem DGB durchgeführt. Das war insofern ein Novum, als bisher sich immer Schülerinnen und Schüler Bochumer Schulen im Rahmen ihres Schulunterrichts den jeweiligen Themen gewidmet hatten. Für diese Jugendlichen war das Thema sehr weit weg von ihrem Alltag, zumal sie nur über rudimentäre historische Kenntnisse verfügten. Für die Betreuer – Uli Borchers von der IG Metall und Hubert Schneider – war es

Blutes und der deutschen Ehre zufrieden, weil sie meinten, die Durchsetzung des Gesetzes werde dem antijüdischen Terror der vorangegangenen Monate ein Ende setzen. Ruhe würde wieder hergestellt werden und mit ihr der gute Name Deutschlands in den Augen der Welt. Die Menschen glaubten, unter den neuen Gesetzen sei das Verhältnis zu den Juden in Deutschland nunmehr klar definiert: *„Das Judentum wird zur nationalen Minderheit gestempelt und erhält bei staatlichem Schutz die Möglichkeit, ein eigenes Kulturleben und sein eigenes völkisches Leben zu entfalten.“*, das war die allgemeine Ansicht, wie sie aus Berlin berichtet wurde.

Gab es Widerstand? In oppositionellen Kreisen, hauptsächlich unter den (nunmehr im Untergrund arbeitenden) Kommunisten, wurden die Gesetze scharf kritisiert. Einige kommunistische Flugblätter brandmarkten die demagogische Benutzung des Antisemitismus durch die Nazis und verlangten eine geeinte Oppositionsfront; andere forderten die Befreiung politischer Gefangener und die Beendigung antijüdischer Maßnahmen. Daniel Bankier zufolge fuhr jedoch die kommunistische Propaganda der damaligen Zeit trotz seiner Proteste gegen die Nürnberger Gesetze fort, solche altbekannten Standardbehauptungen zu wiederholen, wie die *„nur arme Arbeiter würden wegen Rassenschändung verurteilt, während die Nazis reiche Juden nicht belangen würden“*, und die, *„hinter dem Verbot der Beschäftigung deutscher Frauen unter 45 Jahren würden nicht rassistische Prinzipien stehen, sondern es handelte sich dabei schlicht um einen Entschuldigungsgrund für die Entlassung Tausender von Frauen aus ihrer Arbeit.“*

Die Kirchen hielten Distanz, mit Ausnahme der streng katholischen Kreises Aachen und einiger Proteste evangelischer Pastoren beispielsweise in Speyer. Die evangelische Kirche wurde auf die Probe gestellt, als Ende September 1935 in Berlin die Preußische Bekennnissynode zusammentrat: Eine Erklärung, welche Sorge um getaufte wie ungetaufte Juden zum Ausdruck brachte, wurde diskutiert und verworfen, aber ebenso erging es auch einer allzu deutlichen Bekundung der Unterstützung für den Staat. Die Erklärung, auf die man sich schließlich einigte, bekräftigte lediglich erneut die Heiligkeit der Taufe, was Pastor Niemöller dazu veranlasste, seine bösen Ahnungen darüber zum Ausdruck zu bringen, dass in diesem Text das Schicksal getaufter Juden nach der Taufe überhaupt nicht berücksichtigt wurde.

Bochumer Fälle: Jede jüdische Familie, die heranwachsende Kinder hatte, war sich bewusst, welchen Gefahren diese Kinder ausgesetzt waren, wenn sie Umgang mit nichtjüdischen Jugendlichen hatten, mochten die noch so harmlos sein. Und jeder jüdische Mann, wo immer er sich aufhielt, sah sich als potentieller „Rasseschänder“ stigmatisiert. Der Begriff „Rasseschande“ blockierte jede normale Beziehung zwischen Juden und Nichtjuden, führte zu der von den Machhabern gewollten Separierung von Juden und Nichtjuden. Und sicher konnte man sich bei aller Vorsicht nicht sein. Die „Nürnberger Gesetze“ boten natürlich eine juristische Basis, die von Denunzianten auf alle mögliche Weise genutzt werden konnte. Und in den folgenden Jahren nahm die Zahl der Denunziationen beträchtlich zu. Wertet man die entsprechende Literatur aus, dann kamen ca. 57 Prozent der Denunziationen von Leuten, die keine Parteimitglieder waren, und zwischen 30 und 40 Prozent der Anschuldigungen waren falsch. Manchmal denunzierten Hotelangestellte ein Paar, von denen keiner ein Jude war; anderen wurden wegen Informationen über Beziehungen verhaftet, die lange vor 1933 zu Ende gegangen waren. Es gab Fälle von Paaren, deren intime Beziehungen viele Jahre zurücklagen und die jetzt den Geschlechtsverkehr mieden, und viele Fälle von Frauen, die ihre Bereitschaft erklärten, sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen, um zu beweisen, dass sie Jungfrauen waren.

Bis zum Kriegsausbruch 1939 wurden in Deutschland mehr als 2.000 Urteile wegen Rassenschande gefällt

Ein Letztes, meine Damen und Herren. Wie reagierte die deutsche Bevölkerung auf die Rassengesetze? Gab es Widerstand? Und: Wie reagierte die deutschen Juden, die sich bald *Juden in Deutschland* nennen mussten?

Nach einer Untersuchung des israelischen Historikers David Bankier nahmen die Deutschen die Gesetze mehrheitlich hin, weil sie den Gedanken einer Absonderung der Juden akzeptierten: „*Diese Gefühle hat die Potsdamer Gestapo in vollem Umfang registriert. Sie schrieb, dass alle der Meinung sind, es sei jetzt, nachdem sich das Regime stabilisiert hat, für die Partei die Zeit, diese Punkte auf die Tagesordnung zu bringen.*“ In derselben Analyse heißt es, waren anscheinend Menschen in verschiedenen Städten und Regionen insbesondere deshalb mit dem Gesetz zum Schutze des deutschen

eine besondere Herausforderung, den jungen Leuten den Zusammenhang zwischen den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935, die ja versucht hatten, zu definieren, wer Jude ist, und dem Schicksal der Überlebenden in sogenannter Mischehe lebenden, deren christliche Partner und deren Kinder zu vermitteln. Das war harte Arbeit für alle: Aber das Ergebnis konnte sich sehen lassen. Der Auftritt der jungen Leute fand große Anerkennung, die Jugendlichen selbst waren stolz. Sie hatten sich einer Aufgabe gestellt und diese bewältigt. Einer meinte denn auch, dass er diese Erfahrung niemals vergessen werde. Den hohen Stellenwert, den die Gedenkveranstaltung in der Stadt hat, unterstrichen auch die Ansprachen des neuen Oberbürgermeisters, Herr Thomas Eiskirch, und des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, Herr Grigory Rabinovich. Das Totengebet (Kaddisch) sprach Herr Rabbiner Boruch Babaev. Artur Libischewski vom Kinder- und Jugendring Bochum e.V. moderierte die Veranstaltung letztmals. Er, der in den letzten Jahren zu einer tragenden Säule der Veranstaltung wurde, gibt dieses Amt aus Altersgründen ab. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung eindrucksvoll durch musikalische Beiträge der Cellistin Frau Conrad. Im umfassenden Rahmenprogramm zu dem Gedenktag war unser Verein mit einigen Veranstaltungen beteiligt:

- * Bereits um 15.30 Uhr des 9. November hatte Hubert Schneider einen Rundgang zu den in Bochum verlegten Stolpersteinen durchgeführt. Ein zweiter Rundgang wurde von der VVN-BdA Bochum angeboten. Diese Rundgänge sind inzwischen zum festen Bestandteil der Gedenkveranstaltungen zum 9. November geworden.
- * Am 12. November hielt Hubert Schneider im Stadtarchiv einen Vortrag zum Thema „Die Nürnberger Gesetze von 1935 und ihre Auswirkungen in Bochum.“
- * Das Projekt Stolpersteine wurde 2015 fortgeführt: Am 25. November 2015 war Gunter Demnig wieder in Bochum, verlegte 22 neue Steine. In einer Veranstaltung im Bochumer Stadtarchiv

stellten die Paten ihre Rechercheergebnisse einer größeren Öffentlichkeit vor. Die Namen der Personen, deren Schicksal die Stolpersteinpaten erforschten, und die Orte, an denen die Steine verlegt wurden, werden an anderer Stelle in diesem Heft genannt. Nach wie vor betreuen Andreas Halwer vom Stadtarchiv und Hubert Schneider die "Paten": Diese Betreuung beginnt mit der Auswahl der Personen, für die ein Stolperstein gelegt werden soll, wird fortgesetzt bei der konkreten Recherchearbeit. Die Arbeit ist spannend und im positiven Sinne aufregend: Die Beschäftigung mit Einzelschicksalen führt Schüler und Privatpersonen hautnah an ein Thema heran, dem man ansonsten bestenfalls neutral gegenüberstand. Die "Paten" nehmen in vielen Fällen Anstrengungen auf sich (Archivbesuche, Zeitzeugenbefragung), von denen sie vor der Übernahme der Aufgabe keine Vorstellung hatten. Alle Betroffenen nähern sich somit auf sensible Weise einem großen Thema und einem Stück der Stadtgeschichte. Es ist politische Bildungsarbeit im besten Sinne. Die von den Paten in schriftlicher Form vorgelegten Rechercheergebnisse können nachgelesen werden:

www.Bochum.de/Stolpersteine

- * Zahlreich sind unsere Aktivitäten in der Stadt: Regelmäßige Stadtführungen zum jüdischen Leben in Bochum (unter Einschluss der bisher verlegten "Stolpersteine") wurden mit unterschiedlichen Gruppen durchgeführt. Eine Kooperation mit dem Katholischen Forum Bochum und der Evangelischen Stadtakademie hat dazu geführt, dass man dort solche Führungen fest in das Veranstaltungsprogramm aufgenommen hat.
- * Auch Anfragen aus dem In- und Ausland zu jüdischem Leben in Bochum erreichten uns. Vor allem nach dem Erscheinen des Buches „Leben nach dem Überleben: Juden in Bochum nach 1945“ meldeten sich zahlreiche Betroffene und deren Nachfahren im In- und Ausland, um nähere Informationen zu bekommen. Das zeigt einmal mehr, wie sinnvoll und notwendig es ist, die Geschichte der jüdischen Gemeinde unserer Stadt zu erfor-

wenn es – wie die Lehmann angibt – vorher im Verlaufe von etwa zwei Stunden zwei Glas Wein getrunken hat. Dazu kommt, dass die beiden Angeklagten auch in dem Zimmer der Rosenstock von den Zeugen W. und U. beobachtet worden sind.“ Es folgt in dem Bericht diese Szene, wie sie von den Zeugen beobachtet wurde, wiederum in allen Einzelheiten, wie sie nacheinander von beiden bekräftigt wurde. *„Die gleiche Wahrnehmung machte auch die Zeugin U., die der Zeuge W. dann ebenfalls durch das Schlüssellock blicken ließ. Jetzt öffnete W. die nicht verschlossene Türe und trat in das Zimmer. Die beiden Angeklagten versuchten rasch ihre Kleider und Haare in Ordnung zu bringen.“*

Für ein Hamburger Gericht traten die Küsse eines impotenten Mannes an die Stelle des normalen Geschlechtsverkehrs und führten zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe. Therapeutische Massage geriet selbstverständlich bald in Verdacht wie im Falle des jüdischen Kaufmanns Leo Abel. Obwohl die „deutschblütige“ Masseuse standhaft leugnete, dass Abel bei der einen, einzigen Massagesitzung irgendeine Zeichen von sexueller Erregung gezeigt hätte, und obwohl Abel selbst im Prozess das Geständnis zurückzog, das er der Gestapo gegenüber gemacht hatte, verurteilte ihn das Gericht zu zwei Jahren Zuchthaus, weil er *„sich die geschlechtliche Befriedigung bei der Massage verschafft“* und damit *„das Verbrechen der Rassenschande vollendet“* habe, *„gleichgültig, ob die Zeugin davon Kenntnis gehabt habe oder nicht.“*

Meine Damen und Herren, in der Folge wurden alle Aspekte des Alltagslebens und alle beruflichen Aktivitäten, in denen der Kontakt zwischen Ariern und Juden so verstanden werden konnte, als habe er irgendeine sexuelle Konnotation, systematisch identifiziert und verboten. Hierzu gehörten die Ausschließung der Juden aus Badeanstalten ebenso wie die Tatsache, dass die meisten medizinischen Fakultäten an deutschen Universitäten es im Frühjahr 1936 jüdischen Studenten untersagten, genitale Untersuchungen an *Arierinnen* vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, was bedeutete die immer differenzierter werdende Definition der Begriffe „Rassenschande“ und „Verkehr“ für die Betroffenen? Sie führten zu einer allgemeinen tiefgreifenden Verunsicherung, beeinflussten das Verhalten der Menschen zueinander nachhaltig. Betrachten wir die anfangs genannten

Aktivität stattgefunden hatte. Masturbation in Gegenwart des Partners beispielsweise wurde zu einem strafbaren Verhalten: *„Es würde dem gesunden Volksempfinden und der zielbewusstesten deutschen Rassenpolitik widersprechen, solche Ersatzhandlungen schlechthin straflos zu lassen und damit ein neues Mittel und einen neuen Anreiz zu schaffen, die Rassenehre des deutschen Volkes durch widernatürliches Treiben zwischen beiden Geschlechtern zu verletzen.“* (Friedländer, S- 177).

Die Suche nach immer präziseren Einzelheiten aller möglichen Aspekte der Rassenschande lässt sich verstehen nicht nur als eine weitere Illustration für das bürokratische und polizeiliche Denken der Nazis, sondern auch als riesige Leinwand zur Projektion verschiedener *„Männerphantasien“*, um einen Begriff von Klaus Theweleit zu gebrauchen. In der Phantasie der Nationalsozialisten wurden überdies Juden als Verkörperung sexueller Potenz und Lust wahrgenommen, etwa wie Schwarze bei weißen Rassisten oder Hexen (und Frauen überhaupt) in den Augen der Inquisition oder einiger puritanischer Kirchenältester. Einzelheiten der Verfehlungen wurden so zu einer Quelle von (gefährlichem) Wissen und von verborgenem Kitzel. Und meist waren die Details allerdings plastisch. So verurteilte am 28. Januar das Bezirksgericht Frankfurt den 34jährigen *„Volljuden“* Alfred Rapp zu zwei Jahren Gefängnis und die *„vollblütige Deutsche“* Margarete Lehmann zu neun Monaten, und zwar mit folgender Begründung: Rapp war in einem Herrenbekleidungsgeschäft angestellt, und Lehmann war dort Näherin. Man wusste, dass sie miteinander befreundet waren und sich häufig besuchten. Ihren Aussagen zufolge hatten sie vorher keine sexuelle Beziehungen zueinander unterhalten. Am 1. November 1936 gegen halb neun abends kam Rapp in Lehmanns Wohnung, wo er auch eine Jüdin namens Rosenstock vorfand. Die drei gingen hinaus, um etwas zu trinken, und begaben sich dann in Rosenstocks Wohnung. Rosenstock wurde weggeschickt, um Wein zu kaufen. Wie die Angeklagten angaben, trieben sie dann Oralverkehr. Der Gerichtsbericht führte einige plastische Einzelheiten auf und fügte hinzu: *„Diese Darstellung erscheint an sich unglaublich und zum mindesten unvollständig, da es nach den allgemeinen Lebenserfahrungen ausgeschlossen erscheint, dass ohne weitere zeitlich dazwischenliegende Intimitäten ein Mädchen sich in dieser Weise einem Manne geschlechtlich nähert, selbst*

schen und die Ergebnisse zu publizieren.

- * Hubert Schneider hat im Rahmen des Projekts „Bochumer Ehrenbürger“ einen Vortrag gehalten. Er sprach zu Carl Rawitzki und Saladin Schmitt. Die Vortragsreihe der Kortum-Gesellschaft wird fortgesetzt. Die Ergebnisse sollen publiziert werden.
- * Hubert Schneider stellte auf einer von der Literarischen Gesellschaft und Axel Schäfer MdB organisierten Veranstaltung „Bochumer BücherBord 5“ am 20. August 2015 sein Buch „Leben nach dem Überleben: Juden in Bochum nach 1945“ vor.
- * Kontakt gab es mit der Schülerin Melissa Lining in Berlin, die eine Arbeit über die Bochumer Schauspielerin Meta Wolff geschrieben hat.
- * Hubert Schneider führte am 2. Juni 2015 auf dem „Forum am Vormittag“, veranstaltet vom katholischen Forum Bochum, eine dreistündige Veranstaltung durch. Thema: Erinnern für die Zukunft. Stolpersteine in Bochum.
- * Gleich 2 Stellen traten mit unserem Verein wegen Albert Ullmann heran. Ullmann lebte in Wattenscheid, war nach dem Tod von Herrn Vollmann kurze Zeit Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Bochum. Informationen wollte ein Urenkel von Ullmann, außerdem interessierte sich der Heimatforscher Dieter Ohlmann aus Jüchen für den Mann.
- * Dem Heimatforscher Seippel in Dortmund konnte geholfen werden. Er forscht über die jüdische Familie Strauß aus Dortmund. Paula Strauß war mit Erwin Bonn verheiratet, wohnte Anfang der 40er Jahre noch in Bochum. Da es verschiedene in sich widersprüchliche Überlieferungen gibt, dauerte es etwas, bis wir herausfanden, dass es sich bei Erwin Bonn um den Stiefbruder von Alfred Salomon handelte. Über dessen Biografie haben wir natürlich gute Informationen, die wir Herrn Seippel zur Verfügung stellen konnten.
- * Die Provenienzstelle in Berlin trat an uns heran. In einer Bibliothek in Berlin tauchten Bücher aus der Bibliothek des Bochumer Rechtsanwalts Rawitzki auf. Man sucht potentielle Erben. Wir

konnten umfassende Informationen geben und auf potentielle Erben in Israel hinweisen.

- * Über die jüdische Gemeinde kam eine Anfrage einer weitläufigen Verwandten der Familie David Jacob in Israel zu uns. Die Bochumer Familie Jacob (Mutter, Vater und Tochter) wurde im April 1942 nach Zamosc deportiert und ermordet. Der Kontakt mit Frau Keren besteht noch.
- * An der Universität Münster wird an einem Gedenkkonzept gearbeitet. Dabei geht es offensichtlich um vormals jüdische Studierende, die Opfer der Shoah wurden. Wir konnten einige Informationen weitergeben.
- * Die Journalistin Andrea Behnke in Bochum fragte nach Informationen über Else Hirsch, Lehrerin an der jüdischen Schule Bochum. Ein entsprechender Zeitungsartikel ist inzwischen erschienen.
- * Seit längerer Zeit gibt es Kontakt mit Tanja Cohen in Südafrika, Nachfahrin der Bochumer Metzgerfamilie Cohen. Tanja und ihre Geschwister wollen mehr über die Wurzeln ihrer Familie erfahren.
- * Von dem Bochumer Gefängnis „Krümmede“ kam eine Anfrage, Dort sucht man offensichtlich Informationen über Häftlinge, die als Opfer des Nationalsozialismus dort einsaßen.
- * Das Holocaust Memorial Center in Farmington Hills (USA) bedankte sich für die beiden Bücher von Hubert Schneider („Judenhäuser in Bochum“ und „Leben nach dem Überleben“).
- * Im letzten Heft berichteten wir über eine Initiative, die in dem alten Gebäude des Nordbahnhofs eine Gedenkstätte einrichten möchte. Von dort wurden – wie wir heute wissen – die letzten Deportationen Bochumer Juden im September/Oktober 1944 durchgeführt. Das Gebäude befindet sich heute im Privatbesitz. Daraus ergeben sich einige Komplikationen. Demnächst wird sich ein Bürgerverein „Nordbahnhof“ bilden, der seine Bemühungen fortsetzen wird. Wir werden weiter darüber berichten.
- * Nach längerer Zeit hatten wir wieder Besuch in Bochum: An-

und diese Vermutung ist nicht widerlegbar. Somit hat dieser 62prozentige Jude drei volljüdische Großeltern. Wenn dagegen der halbarische Großvater von Geburt an Christ gewesen wäre, wäre er dann kein Volljude gewesen und hätte für diese Berechnung überhaupt nicht gezählt, sein Enkel wäre ein *Mischling I. Grades* gewesen. (Friedländer, S. 176)

Eine der größten Hürden, auf die die juristischen Experten bei der Interpretation der Nürnberger Gesetze stießen, war die Definition von „Verkehr“. Die grundlegenden Formen des Geschlechtsverkehrs waren nur ein Ausgangspunkt, und beispielsweise Stuckart und Globke, die beiden Interpreten der Nürnberger Gesetze, ahnten die vielfältigen Perspektiven, die sich aus „beischlafähnlichen Handlungen, z.B., wechselseitiger Onanie“ ergaben. Bald wurde in den Augen einiger Gerichte selbst diese erweiterte Interpretation des Verkehrs unzureichend. Das Landgericht Augsburg definierte die Anwendung der Gesetze in einer Weise, die praktisch sämtliche Einschränkungen der Definition beseitigte. *„Da der Gesetzgeber die Reinheit des deutschen Blutes so weit wie irgend möglich sichern will“*, führte das Gericht aus, *„muss somit nach dem Willen des Gesetzgebers auch der regelwidrige außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes als verboten und unter Strafe gestellt angesehen werden. Dazu kommt, dass das fragliche Gesetz auch die deutsche Ehre, insbesondere die Geschlechtsehre der Staatsangehörigen deutschen Blutes, schützen will.“*

Der Rechtsstreit über diesen Punkt erreichte den Großen Strafsenat des Reichsgerichts, der am 9. Dezember 1935 seine Entscheidung verkündete: *„Der Begriff Geschlechtsverkehr im Sinne des Blutschutzgesetzes umfasst nicht jede unzüchtige Handlung, ist aber auch nicht auf den Beischlaf beschränkt. Er umfasst den gesamten natürlichen und naturwidrigen Geschlechtsverkehr, also außer dem Beischlaf auch alle anderen geschlechtlichen Betätigungen mit einem Angehörigen des anderen Geschlechts, die nach der Art ihrer Vornahme bestimmt sind, anstelle des Beischlafs der Befriedigung des Geschlechtstriebes zumindest des einen Teils zu dienen.“*

Das Reichsgericht ermunterte die örtlichen Gerichte, hinter dem bloßen Buchstaben des Gesetzes die Absicht des Gesetzgebers zu verstehen, und damit öffnete es die Schleusen. Paare wurden selbst dann für schuldig befunden, wenn keine gegenseitige sexuelle

vermutlich alle Bemühungen zu ihrer Aufklärung vergeblich sein werden und der Versuch, ihr jüdisches Kind ‚nach den Prinzipien der nationalsozialistischen Führung‘ zu erziehen, scheitern muss. Denn die nationalsozialistische Weltanschauung, die vom Blut bestimmt ist, kann nur diejenigen gelehrt werden, die deutsches Blut in den Adern haben. In diesem Falle sollte man Nietzsches Wort verwirklichen: ‚Was fallen will, das soll man stürzen.‘ Nach Verabschiedung der Gesetze müssen diese Kinder alle zu Mischlingen ersten Grades geworden sein.

- Im *Mitteilungsblatt des Reichsverbandes der Nichtarischen Christen* wurden in Form von Fragen und Antworten Situationen beschrieben, die sich aus der Umsetzung des *Blutschutzgesetzes* ergaben. Einige Beispiele: **Frage:** Was ist zu der Ehe eines Halbariers mit einer Frau zu sagen, die einen arischen Elternteil hat, deren arische Mutter aber zum Judentum übertrat, so dass das Kind jüdische erzogen wurde? Was ist weiter über die Kinder aus dieser Ehe zu sagen? **Antwort:** Die Frau, eigentlich Halbarierin, ist kein Mischling, sondern gilt ohne allen Zweifel als Jüdin im Sinne des Gesetzes, da sie am Stichtag, d.h. am 15. September 1935, der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte; eine nachfolgende Konversion ändert diesen Status in keiner Weise. Der Ehemann – ein Mischling I. Grades – gilt ebenfalls als Jude, weil er eine Frau geheiratet hat, die dem Gesetz nach Jüdin ist. Die Kinder aus dieser Ehe gelten ohnehin als Juden, da sie drei jüdische Großeltern haben (zwei der Rasse nach, einen der Religion nach). Dies wäre nicht anders gewesen, wenn die Mutter die jüdische Gemeinde vor dem Stichtag verlassen hätte. Sie selbst wäre dann ein Mischling gewesen, aber die Kinder hätten immer noch drei jüdische Großeltern gehabt. Mit anderen Worten, es ist durchaus möglich, dass Kinder, die als Juden gelten, einer Ehe entstammen, in der beide Partner Halbarier sind. **Frage:** Ein Mann hat zwei jüdische Großeltern, eine arische Großmutter und einen halbarischen Großvater; letzterer wurde als Jude geboren und trat erst später zum Christentum über. Ist diese zu 62 Prozent jüdische Person Mischling oder Jude? **Antwort:** Der Mann ist Jude nach den Nürnberger Gesetzen wegen des einen Großelternanteils, der der jüdischen Religion angehörte; von diesem Großelternanteil wird vermutet, dass er Volljude war,

fang Mai kamen für 3 Tage Caroline und Richard Field aus London zu uns. Caroline ist eine Großnichte von Siegmund und Ottilie Schoenewald. Die Schoenewalds gehörten ja zu den prominenten jüdischen Paaren in Bochum. Ottilie wurde hier mit der Benennung einer Straße und einer Schule mit ihrem Namen geehrt. Das war für die Fields insofern eine Überraschung, als „Tante Tilly“ – so wurde sie in der Familie genannt –, immer nur als Frau des Onkels Siegmund eine Rolle spielte. Über ihre bedeutende gesellschaftliche Rolle war den Fields nichts bekannt. Umso größer war die Überraschung. Hubert Schneider begleitete die Fields. Das Paar wurde von Frau Bürgermeisterin Stahl empfangen, ebenso in der jüdischen Gemeinde. Es kam zu Treffen in der Goetheschule. Die WAZ berichtete über den Besuch in Wort und Bild.

- * Einen hohen Stellenwert hat für uns nach wie vor der Kontakt mit den Überlebenden der alten Bochumer jüdischen Gemeinde. Briefwechsel und viele Telefonate zeugen davon. Sehr willkommen ist offensichtlich unser jährlich zum jüdischen Neujahrsfest verschicktes Mitteilungsblatt. Aus den Rückmeldungen wird deutlich, dass das Heft immer noch als eine Verbindung zur Geburtsstadt Bochum gesehen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Menschen i.d.R. 90 Jahre und älter sind. Solange wir solche Rückmeldungen bekommen, werden wir das Heft weiter produzieren.
- * Im Rahmen unserer Möglichkeiten beteiligen wir uns an Aktionen, wenn es um Öffentlichkeitsarbeit geht, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Neonazis richten. Einige Mitglieder unseres Vereins sind sehr aktiv im Bochumer „Bündnis gegen Rechts.“
- * Zu den betrüblichen Nachrichten des Jahres gehören Meldungen über den Tod von Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde.: Ende Januar starb Paul Wassermann in London im Alter von 95 Jahren. Herr Wassermann hat unsere Arbeit über all die Jahre intensiv begleitet. Ein umfassender Briefwechsel zeugt davon. Wir trauern mit seiner langjährigen Gefährtin Margot

Kinstead, werden die Erinnerung an den Verstorbenen in unserem Gedächtnis bewahren.

- * Hingewiesen sei auf eine wichtige Neuerscheinung. Vor wenigen Tagen erschien im Klartext-Verlag das Buch von Ingrid Wölk, der Bochumer Stadtarchivarin: Leo Baer. 100 Jahre deutsch-jüdische Geschichte. Mit den „Erinnerungssplittern eines deutschen Juden an zwei Weltkriege“ von Leo Baer und einem Vorwort von Gerd Krumeich Es ist ein eindrucksvolles Dokument. Wir werden im nächsten Heft darauf zurückkommen.
- * Nach wie vor gilt: Wir sind im Internet zu finden. Unsere Adresse: www.erinnern-fuer-die-zukunft.de

Hubert Schneider

Verlegte Stolpersteine am 25.11.2015

Platz am Kuhhirten	Brand, Szeindel und Simon
Franzstr. 11	Baruch, Helene und Hermann
Brückstraße 54	Rosenheck, Markus, Taube, Gerhard, Eduard und Gerda
Bessemerstr. 19	Rosteck, Karl
Hochstr. 42 WAT	Meileses, Priwa und Jecheskiel, Oskar
Kreyenfeldstr. 54	Güte, Wilhelm
Zur Werner Heide 46	Feiner, Salomon und Selma
Alte Bahnhofstr. 174	Cussel, Salomon, Mathilda, Lina und Hans
Witte Wie 16	Harff, Alfred

1935. Tatsächlich folgten diese einer Denkschrift, die Hans Kerrl, Nazi-Jurist der ersten Stunde, und Roland Freisler im September 1933 erstellt hatten, wonach Ehen und außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen „*Deutschblütigen*“ und „*Angehörigen fremder Blutsgemeinschaften*“ als „*Verbrechen gegen die Rasse*“ angesehen werden sollten. In den ersten drei Jahren des Regimes führten die sehr heftigen Reaktionen einer Reihe asiatischer und südamerikanischer Länder (die den Boykott deutscher Waren einschlossen) neben anderen Gründen dazu, dass die Initiative auf Eis gelegt wurde. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass die frühen Vorschläge, das dritte Nürnberger Gesetz und die nachfolgenden Ehegesetze als der Ausdruck eines allgemeinen rassebiologischen Standpunktes betrachtet werden konnten, ebenso wie die speziell gegen die jüdische Gefahr gerichteten Maßnahmen.

Die Umsetzung des „Blutschutzgesetzes“ warf in der Praxis immer wieder Fragen auf, die unterschiedlich beantwortet wurden. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen.

- Wie sind uneheliche Kinder jüdischer Väter und arischer Mütter zu behandeln? Eine entsprechende Anfrage der Wohlfahrtsverwaltung der Stadt Stettin wurde von den Wohlfahrtsämtern verschiedener deutscher Großstädte ganz unterschiedlich behandelt. In Dortmund zum Beispiel wurden solche Kinder als Arier betrachtet und erhielten alle übliche Unterstützung, während die Wohlfahrtsämter in Königsberg, Breslau und Nürnberg sie als „semitisiert“ ansahen. Der Direktor des Breslauer Amtes gab folgenden Kommentar ab: *„Meiner Ansicht nach ist es sinnlos, gemischtrassige Kinder der deutschen Nation einzuverleiben, da sie selbst bekanntlich keine rassereinen Kinder haben können und Regelungen zur Sterilisierung von Gemischt-rassigen noch nicht existieren. Darum sollte man Mischlinge nicht daran hindern, sich der fremden Nation anzuschließen, der sie bereits zur Hälfte angehören. Man sollte sie sogar dazu ermutigen, indem man sie beispielsweise jüdische Kindergärten besuchen lässt.“* Die Reaktion aus Nürnberg, dem Hauptquartier Julius Streichers, sollte nicht überraschend kommen. Der dortige Wohlfahrtsdirektor schrieb: *„Eine Mutter, die sich so benimmt, ist so stark von jüdischen Ideen beeinflusst, dass*

Für eine normale Existenz im Dritten Reich wurde der Beweis, dass man nicht jüdischer Abstammung war oder sonst einer „*minderwertigen*“ Gruppe angehörte, entscheidend. Und besonders streng waren die Anforderungen für jeden, der den Wunsch hatte, eine Stellung in einer staatlichen Behörde oder bei einer Dienststelle der Partei anzutreten oder zu behalten. Selbst die höheren Schichten der Beamtschaft, der Partei und der Wehrmacht konnten Nachforschungen nach ihrer rassischen Zugehörigkeit nicht entgehen. Die Personalakte von Generaloberst Alfred Jodl, der bald darauf stellvertretender Stabschef des Oberkommandos der Wehrmacht werden sollte, enthält einen detaillierten Stammbaum in Jodls Handschrift, der im Jahre 1936 seine untadelige arische Abstammung bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts nachwies.

Und, meine Damen und Herren, glauben Sie nicht, dass das alles nichts mit uns zu tun hat, mit unserer Familie, mit unseren Vorfahren. Falls Sie aus einer Familie stammen, bei der es üblich ist, Dokumente über Generationen hinweg aufzubewahren, schauen Sie mal nach: Vielleicht werden Sie fündig. So wie in der Familie meiner Frau. Als mein Schwiegervater 1998 mit fast 89 Jahren starb, fanden wir in seinem Nachlass eine Akte aus dem Jahre 1936: „*Ariernachweis*“ stand darauf. Mein Schwiegervater war Ingenieur, bei der Reichsbahn beschäftigt, wollte dort Beamter werden. Und dafür brauchte er den *Ariernachweis*. Er begann einen immer umfassender werdenden Briefwechsel, schließlich landeten seine Briefe nicht nur im europäischen Ausland, sondern auch in den USA. Es ging darum, die erforderlichen Belege aufzutreiben. Und ich kann mir sehr gut vorstellen, wie aufregend ist immer wieder war, wenn ein Brief ankam. Die Furcht, dass da vielleicht doch ein *dunkler Fleck* in der Generation der Großeltern, Urgroßeltern war, war allgegenwärtig. Meine Damen und Herren, ich bin weit davon entfernt, den Mann zu kritisieren, weil er nicht gesagt hat: Was soll der Mist, da mache ich nicht mit. Wir sind doch alle keine Helden. Und mein Schwiegervater wollte Beamter werden, er war verlobt, wollte heiraten. Nicht sein Verhalten steht im Focus der Kritik, sondern die Gesetzeslage, die Menschen wie ihn nötigte, sich so zu verhalten wie er es denn auch tat. Und alle verhielten sich so, verhalfen den abscheulichen Gesetzen zur Gültigkeit in der Wirklichkeit.

Kehren wir zurück zu den Blutschutzgesetzen vom September

Verleihung der Dr. Ruer-Medaille an Dr. Manfred Keller und Dr. Hubert Schneider

Am Sonntag, 25. Oktober 2015, ehrte die Jüdische Gemeinde Bochum–Herne–Hattingen im Rahmen einer Feierstunde in der Synagoge Bochum den evangelischen Theologen Dr. Manfred Keller und den Historiker Dr. Hubert Schneider mit der Verleihung der Dr. Ruer-Ehrenmedaille, für deren Jahrzehnte langen vielfältigen Einsatz für das jüdische Leben in Bochum und Wattenscheid. *

Benannt ist der Preis nach Dr. Otto Ruer, von 1925 bis 1933 parteiloser Oberbürgermeister in Bochum, der als Sohn jüdischer Eltern von den Nationalsozialisten abgesetzt und durch Haft und Verleumdung in den Suizid getrieben wurde. *

Mit der Dr. Ruer-Ehrenmedaille ehrt die jüdische Gemeinde seit 2004 Persönlichkeiten der nichtjüdischen Öffentlichkeit, die sich um die jüdische Gemeinschaft besonders verdient gemacht haben. *

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Bochum, Herne, Hattingen Grigory Rabinovich begrüßte die Gäste und Ehrengäste und freute sich, dass so viele der Einladung gefolgt waren.

An der Verleihung nahm auch Bundestagspräsidenten Prof. Norbert Lammert teil, der in Bochum wohnt und in seinem Grußwort an den Empfang des ersten deutschen Botschafters Pauls in Israel und die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen erinnerte. Die Verleihung der Dr. Ruer-Medaille sei eine gute Gelegenheit, darüber nachzudenken. Sehr oft würden diese, besonders in unserer Gesellschaft auf die Shoa und den Antisemitismus reduziert. Er sprach sich für eine Neuorientierung mit besonderem Blick auf das Zusammenleben aller religiösen und nichtreligiösen gesellschaftlichen Gruppen für die Zukunft aus.

Auch der neue Bochumer Oberbürgermeister Thomas Eiskirch sah in der Ehrung dieser beiden Bochumer Persönlichkeiten ein wichtiges Ereignis für unsere Stadt und die Einbindung der jüdischen Gemeinde in die Stadtgesell-

schaft. Ebenfalls anwesend waren seine beiden Vorgänger Dr. Otilie Scholz und Ernst-Otto Stüber, der die Medaille 2004 erhalten hatte sowie viele Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Bochum, Herne und Hattingen, den Städten der Jüdischen Gemeinde.



Dr. Manfred Keller hat sich in seiner langjährigen Zeit als Leiter der Evangelischen Stadtakademie Bochum (1973 – 2006) immer wieder intensiv mit dem jüdischen Leben in dieser Stadt auseinandergesetzt. Als beispielhaft gelten seine Veröffentlichungen zu den jüdischen Friedhöfen in Bochum, zur jüdischen Kultur in Bochum und dem Ruhrgebiet wie z.B. zum Wirken des letzten Kantors der jüdischen Gemeinde vor deren Vernichtung durch die Nationalsozialisten, Erich Mendel, bis hin zum Projekt „Stelenweg. Jüdisches Leben in Bochum und Wattenscheid“, das an authentischen Orten an das Zusammenleben von Juden und Nicht-Juden in Bochum erinnert. *

Dr. Hubert Schneiders Verdienst ist einerseits die historisch präzise Aufarbeitung der jüdischen Vergangenheit, z.B. durch seine Darstellung der Geschichte der „Judenhäuser“ in Bochum, aber besonders sein unermüdlicher Einsatz gegen den bis in die neunziger Jahre noch vielfältigen Widerstand für einen Besuch überlebender ehemaliger Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bochum und die detaillierte Aufarbeitung zahlreicher jüdischer Familienschicksale; genauso wie seine Arbeit als Vorsitzender des Vereines „Erinnern für die Zukunft“. *

vor als deutschblütig anzusehen, lediglich für die arische Einordnung des Enkel gilt er als Volljude.“ (Ebenda, S. 65f.).

Die durch einen solchen zeitweiligen Kontakt mit der jüdischen Religion verursachte rassische Mutation ist mysteriös genug. Doch das Mysterium wird noch verstärkt, wenn man sich daran erinnert, dass in der Eugenik oder Rassenanthropologie der Nationalsozialisten die Wirkung von Umweltfaktoren im Vergleich zu den Folgen der ererbten Eigenschaften als unerheblich betrachtet wurde. Hier jedoch verursacht eine vorübergehende Veränderung in der Umwelt auf mysteriöse Weise die dauerhafteste biologische Verwandlung. Doch wo immer auch ihre Ursprünge liegen mochten, Rassenunterschiede konnten in Fällen von länger anhaltender Vermischung zu schlimmen Konsequenzen führen (Stuckart/Globke, Kommentare, S. 5):

„Die Zuführung artfremden Blutes zu dem eigenen führt daher zu dem Volkskörper schädlichen Veränderungen, denn die Homogenität, das instinktsichere Wollen eines Körpers wird dadurch geschwächt; an seine Stelle tritt eine unsichere, schwankende Haltung in allen entscheidenden Lebenslagen, eine Überschätzung des Intellekts und eine seelische Aufspaltung. Eine Blutmischung erreicht nicht eine einheitliche Verschmelzung beider sich fremder Rassen, sondern hat in der Regel eine Störung des seelischen Gleichgewichts in dem aufnehmenden Teil zur Folge.“

Auf die Septembergesetze 1935 folgten zwei Gesetze, welche sich gegen Individuen und Gruppen richteten, die keine Juden waren. Das erste war das *Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes*, das darauf zielte, „fremdrassige“ oder rassistisch „minderwertige“ Gruppen zu registrieren, und die Verpflichtung eines Ehezeugnisses erließ, welches bekräftigte, dass die beiden Partner rassistisch „ehetauglich“ waren. Dieses Gesetz wurde durch die am 14. November erlassene *Erste Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre* verstärkt, die es Deutschen auch verbot, Personen „fremden Blutes“, welche keine Juden waren, zu heiraten oder sexuelle Beziehungen zu ihnen zu unterhalten. Zwölf Tage später wurde ein Rundschreiben aus dem Innenministerium genauer. Die Gruppen, um die es ging, waren – ich zitiere – „Zigeuner, Neger und ihre Bastarde“.

tisch - unerwünscht ist und baldigst verschwinden muss. Nach den Ausführungen von Heß stellte das Gesetz sicher, „dass die deutsch-jüdischen Mischlinge in der jetzigen oder der nächsten Generation entweder der Gruppe der Juden oder der Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes angehören.“ Dadurch, dass die Vierteljuden nur vollblütige deutsche Ehepartner, heiraten durften, würden sie zu Deutschen werden, und dies werde, so Heß, geschehen, „ohne dass das 65-Millionn-Volks der Deutschen durch die Aufsayung dieser hunderttausend Vierteljuden in seiner Erbmasse merklich verändert bzw. verschlechtert werden kann.“ Die Erklärungen von Heß zu den Halbjuden waren etwas gewundener, da es für sie kein absolutes Verbot gab, Deutsche oder Vierteljuden zu heiraten, sofern sie die Genehmigung des Stellvertreters des Führers, also seine, erhielten. Heß erkannte, dass dieser Aspekt der Gesetzgebung den Wünschen der Partei zuwiderlief, und erklärte lakonisch, die Entscheidung sei aus „politischen Gründen“ getroffen worden. Die allgemeine Politik war jedoch die, Halbjuden dazu zu zwingen, ausschließlich Juden zu heiraten und sie so von der jüdischen Gruppe absorbieren zu lassen.

Der wichtigste Kommentar zur deutschen Rassengesetzgebung, der 1936 erschien, war von Staatssekretär Wilhelm Stuckart und von Hans Globke, beide aus dem Innenministerium, gemeinsam verfasst worden (Wilhelm Stuckart/Hans Globke: Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung, Bd. I, München 1936). Dieser Text lässt krass einige der - selbst aus der Sicht der Nationalsozialisten - verwirrendsten Aspekte der Nürnberger Gesetze hervortreten. Um die absolute Gültigkeit religiöser Zugehörigkeit als Kriterium für die Identifizierung der Rasse der Abkömmlinge zu veranschaulichen, führten Stuckart und Globke das hypothetische Beispiel einer vollkommen deutschblütigen Frau an, die einen Juden geheiratet hatte und zum Judentum übergetreten war und sich dann, nachdem sie Witwe geworden war, wieder dem Christentum zugewandt und einen vollkommen deutschblütigen Mann geheiratet hatte. Ein Enkel, der von Kindern aus dieser zweiten Ehe abstammte, würde nach dem Gesetz wegen der einstigen religiösen Zugehörigkeit der Großmutter zum Judentum als teiljüdisch gelten. Stuckart und Globke kamen nicht umhin, die folgende Konsequenz zu formulieren: „Zu beachten ist: Ein zum Judentum übergetreter Deutschblütiger ist für seine eigene Einordnungen nach wie

Prof. Günter Brakelmann zeigte in seiner sehr engagierten Laudatio das Wirken der Geehrten für die Bochumer Zeitgeschichte auf und belegte dies zusätzlich mit einer Auswahl von über einhundert Veröffentlichungen der beiden.

Brakelmann wirkte fast 25 Jahre Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum, darüber hinaus war er in vielen kirchlichen und gesellschaftlichen Gremien aktiv. Er äußert sich immer wieder zu sozialen und gesellschaftlichen Themen und zeichnet sich durch eine sehr klare Sprache aus. Neben seinen theologischen Themenschwerpunkten befasste er sich mit der Geschichte des Antisemitismus und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, wozu er verschiedene Werke veröffentlichte und somit der richtige Laudator war.



Vordergrund v.l.: M. Keller, ehem. Oberbürgermeisterin O. Scholz, H. Schneider, M. Preuß

Die so * gekennzeichneten Passagen wurden aus einer Veröffentlichung der Evangelischen Stadtakademie übernommen.

Bericht u. Fotos Günter Nierstenhöfer

Verleihung der Dr. Ruer-Medaille an

Manfred Keller und Hubert Schneider

Laudatio

Prof. Dr. Günter Brakelmann

Wir ehren heute zwei Bochumer Bürger, die sich in verschiedener Weise mit dem Schicksal von Juden aus unserer Stadt beschäftigt haben. Wollte ich alle ihre Aktivitäten und Veröffentlichungen vorstellen, so müssten Sie für einige Tage hier Ihre Zelte aufschlagen. Damit Sie aber einen Eindruck von ihrem fachlichen Können und ihrem zähen Fleiß bekommen, haben wir Werkverzeichnisse von ihnen zusammengestellt, die ihre wichtigsten Opera aufzeichnen. Sie dürfen ruhig staunen, was ein evangelischer Theologe in bildungsbürgerlicher Tradition und ein Historiker in historisch-kritischer, universitärer Tradition bisher geleistet haben.

Die Frage ist: Für was und für wen haben sie das getan? Beide gehören zu den weniger werdenden Zeitgenossen, die unter der langen Tradition des kirchlichen Antijudaismus und des deutschen weltanschaulichen und politischen Antisemitismus und vor allem des nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Vernichtungsantisemitismus in ihrem Gewissen als Christ und Humanist getroffen waren. Sie stellten sich mit unterschiedlichen Fragestellungen und Methoden den Fragen nach den Ursachen, den Praktiken und den Folgen der NS-Judenpolitik und der Shoa.

Manfred Keller tat es als evangelischer Theologe und seit 1979 als Leiter der Ev. Stadtakademie und Hubert Schneider seit 1974 als Dozent an der Ruhr-Universität-Bochum im Fachbereich Geschichte.

Zunächst ein Überblick und Einblick in einige Arbeitsfelder von **Manfred Keller** und seinen Mitarbeitern in der Akademie.:

1985 begann das Projekt der Inventarisierung des jüdischen Friedhofes an der Wasserstraße, das fast 12 Jahre mit Unterbrechungen in Anspruch nahm. Schließlich erschien 1997 der Band „Spuren im Stein“, hg. von Keller und Frau Wilberts vom Stadtarchiv. Letztere war eine engagierte Kooperationspartnerin, die 1988 eine Abhandlung geschrieben hat: „Jüdische Friedhöfe im heutigen Bochumer

Ausführungen gehen.

Die im *Blutschutzgesetz* gebrauchten Begriffe *Reinheit des deutschen Bluts* und *deutschen oder artverwandten Blutes* entstammten der nationalsozialistischen Rassekunde, wonach das Blut als Träger der Rasseigenschaften galt. Eheschließungen zwischen Juden und Ariern wurden verboten. Außerehelicher Geschlechtsverkehr wurde mit Zuchthaus bestraft.

Die verschiedenen Kategorien verbotener Eheschließungen wurden in der Ersten Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 14. November 1935 ausgeführt: Untersagt waren

- Heiraten zwischen einem Juden und einem Mischling mit einem jüdischen Großelternanteil;
- zwischen einem Mischling mit einem anderen, von denen jeder einen jüdischen Großelternanteil hatte;
- und zwischen einem Mischling mit zwei jüdischen Großeltern und einem deutschen (das letztgenannte Verbot konnte durch eine Sondergenehmigung vom Innenminister oder vom Stellvertreter des Führers aufgehoben werden).

Mischlinge ersten Grades (zwei jüdische Großeltern) konnten Juden heiraten – und dadurch zu Juden werden – oder untereinander heiraten, in der Annahme, dass sich derartige Paare gewöhnlich entschieden, kinderlos zu bleiben, wie aus dem empirischen Material hervorging, das der Jenaer Professor für Rassenanthropologie, Hans F.K. Günter, gesammelt hatte. Schließlich konnten Bürgerinnen deutschen Blutes, die zur Zeit der Veröffentlichung des Gesetzes in einem jüdischen Haushalt beschäftigt waren, ihre Arbeit nur dann fortsetzen, wenn sie bis zum 31. Dezember 1935 das 45. Lebensjahr vollendet hatten.

In einem Rundschreiben vom 2. Dezember 1935, das an alle zuständigen Parteidienststellen gerichtet war, formulierte Rudolf Heß, Stellvertreter Adolf Hitlers, noch einmal die wichtigsten Vorschriften der Verordnung vom 14. November, um zu erklären, welche Absicht hinter den Ehebestimmungen stand, die für beide Arten von *Mischlingen* galten.: *Die jüdischen Mischlinge*, also die *Viertel- und Halbjuden*, werden in der Ehegesetzgebung unterschiedlich behandelt. Die Regelung geht von der Tatsache aus, dass die Mischrasse der deutsch-jüdischen Mischlinge in jedem Fall – blutmäßig und poli-

1. Grades und der *jüdisch Versippten* (der arischen Partner in *Mischehen*) in Arbeitsbataillonen. Diese sollten jedoch nach Vorschlag von Ernst Kaltenbrunner vom RSHA nicht als Wehrunwürdige in Bewährungsbataillonen der Wehrmacht zusammengefasst, sondern in gesonderten Formationen der Organisation Todt in einem besonders verschärften Einsatz verwendet werden. Schließlich fiel nach kontroversen Verhandlungen mit der Kanzlei Hitlers und dem Oberkommando der Wehrmacht eine Entscheidung: Im November 1943 befahl Fritz Sauckel als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz den geschlossenen Einsatz der Mischlinge bei der Organisation Todt.

Ab März 1944 stellten die Arbeitsverwaltungen Gruppen von jeweils 100 Zwangsarbeitern aus Wehrunwürdigen, jüdischen *Mischlingen* 1. Grades sowie in *Mischehe* lebenden *Ariern* und *Zigeunern* zusammen. Die reichsweite Durchführung erreichte jedoch nicht den erwarteten Umfang, weil kriegswichtige Betriebe ihre Arbeitskräfte zurückhielten. Im Oktober 1944 wurde die Gestapo beauftragt, alle männlichen jüdischen *Mischlinge* 1. Grades und alle *jüdisch Versippten* aus den Betrieben herauszuziehen. Bei der Aktion, die im Dezember 1944 abgeschlossen war, wurden schätzungsweise 20 000 Zwangsarbeiter aus der Gruppe der *Mischlinge* und *jüdische Versippten* zum geschlossenen Arbeitseinsatz eingezogen.

Meine Damen und Herren, all diese Gesetze betrafen alle Jüdinnen und Juden und die jüdischen „Mischlinge“, hinterließen tiefe Spuren in deren Biografien. Die Biografien der Überlebenden, die ich in dem im letzten Jahr in dem Buch „Leben nach dem Überleben“ veröffentlicht habe, belegen dies eindrucksvoll. Wie viele Personen waren in Bochum davon betroffen? Laut Volkszählung vom 17. Mai 1939 zählte die Synagogengemeinde zu diesem Zeitpunkt noch 326 Mitglieder. Gemäß den Definitionen der Nürnberger Gesetze lebten in Bochum damals 615 Juden. Nach einer anderen Statistik gab es 1939 in Bochum 38 *Mischehen*, 131 *Mischlinge* 1. Grades

und 122 *Mischlinge* 2. Grades.

Was bisher noch nicht gezielt für Bochum untersucht wurde, ist der Zusammenhang zwischen dem *Reichsbürgergesetz* und dem Gesetz zum *Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*, dem sogenannten *Blutschutzgesetz*. Darum soll es in den folgenden

Stadtgebiet“.

Der Band enthält eine Bild-Text-Dokumentation des jüdischen Friedhofs mit den Namen aller, die dort ihre letzte Ruhe gefunden haben. Im zweiten Teil schreibt Keller über die beiden Bochumer Rabbiner Dr. Moritz David (1901-1934) und Dr. Josef Kliersfeld (1936-1939) und Schneider schreibt über „Siegbert Vollmann. Die Anfänge der jüdischen Gemeinde Bochum nach 1945“.

Dieser Band ist inhaltlich wie ästhetisch ein Produkt solidester Geschichtsschreibung.

Keller und sein Arbeitsteam aus 12 Mitarbeitern (darunter etliche ABM-Kräfte)

hatten aber nicht nur ein Interesse an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der jüdischen Geschichte, sondern auch an der pädagogisch-methodischen Vermittlung der Ergebnisse für „Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung“. Es entstand zunächst eine Ausstellung „Spuren jüdischen Lebens in Bochum“ mit 22 großformatigen Tafeln. In einer „Arbeitshilfe“ sind sie alle abfotografiert und ergänzt durch Entwürfe für die Bildungsarbeit über

- den jüdischen Friedhof als Spiegel jüdischer Geschichte
- Jüdisches Leben in Bochum in Geschichte und Gegenwart vom 17.- 18. Jahrhundert und vom 19. Jahrhundert bis 1933
- Jüdisches Leben von 1933 - 1945, und hier als Unterthemen:
- Ausgrenzung aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben
- Der Novemberpogrom 1938
- Vertreibung und Vernichtung
- Jüdisches Leben seit 1945

Es war der damalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Ignatz Bubis, der ein Geleitwort geschrieben hat. Ich zitiere es, weil es auch das Selbstverständnis der Arbeit der Stadtakademie getroffen hat:

„Der Zentralrat der Juden in Deutschland begrüßt die Veröffentlichung des vorliegenden Werkbuchs „Juden in Bochum“. Diese umfassende Publikation zur historischen Entwicklung jüdischen Lebens in Bochum ist ein wichtiger Beitrag, an jüdische Menschen, ihr

Leben und die Verbrechen an ihnen zu erinnern.

Die Geschichte der Juden in Bochum ist in ihren Grundzügen ein Spiegelbild der Geschichte der Juden in Deutschland. Betrachtet man die fast zweitausend Jahre währende wechselvolle Geschichte, erfahren wir von harmonischem Miteinander, von Vorurteilen und Verfolgung. Die Geschichte des jüdischen Volkes verlief trotz vieler territorialer Unterschiedlichkeiten in einem sich wiederholenden Rhythmus: Niederlassung und friedliche Arbeit wechselten mit blutiger Verfolgung und Vertreibung.

Am Beispiel Bochums begegnet der Leser nicht nur wichtigen Zeugnissen jüdischer Geschichte, sondern auch aufschlussreichen Aspekten einer heutigen jüdischen Gemeinde. Die Publikation trägt so zu der doppelten Aufgabe bei, Geschehnisse in Erinnerung zu halten – auch das Unbegreifliche an ihnen insbesondere jungen Menschen näher zu bringen – und Beziehungen zwischen der Bochumer Bevölkerung und der jüdischen Minderheit aufzubauen.

Allen Beteiligten an dieser Publikation gebührt hierfür ein besonderer Dank.“

Wenn ich ein persönliches Urteil abgeben darf: dieses Buch „Spuren im Stein“ ist ein wissenschaftliches wie pädagogisches Meisterwerk gewesen.

Im Jahr 2000 gaben die Stadtakademie, das Stadtarchiv und der Verein „Erinnern für die Zukunft“ (auf ihn kommen wir später) ein „Gedenkbuch. Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid“ heraus. Als Herausgeber zeichneten Manfred Keller, Hubert Schneider und Johannes Volker Wagner. Im Vorwort stehen Sätze von Richard von Weizsäcker, die das Selbstverständnis der Herausgeber und Autoren wiedergeben dürften:

„Unsagbares haben Juden erlitten. Sie können und sie werden es niemals vergessen. Wir alle, ob schuldig oder nicht, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wach zu halten.“

In diesem Gedenkbuch sind alle Namen und Daten der rund 700

nicht tragen.

Die sogenannte *Mischehe* bot keine sichere Überlebensgarantie. Aber dadurch, dass es während des Krieges zu keiner endgültigen rechtlichen Regelung kam, bot sie den Betroffenen einen Zeitaufschub zum Überleben. Man kann davon ausgehen, dass bei einer längeren Kriegsdauer auch diese Juden in das Mordprogramm der Nationalsozialisten einbezogen worden wären.

Andere Diskriminierungen blieben dem jüdischen Teil einer *Mischehe* sowie ihren Kindern und dem *deutschblütigen* Partner, den sogenannten jüdisch Versippten, nicht erspart. Alle antijüdischen Maßnahmen trafen auch die jüdischen Partner einer *Mischehe*: Ihre Geschäfte wurden arisiert, sie mussten per Namensänderungsverordnung die Zusatznamen Sara oder Israel führen und wurden nach dem Novemberpogrom 1938 zur Sühneabgabe herangezogen. Viele Berufe blieben ihnen verschlossen, ihr jüdisch versippter Ehegatte wurde in der Regel nach dem deutschen Beamtengesetz aus dem Staatsdienst entlassen. Nichtprivilegierte Ehepaare und wenig später auch Ehepaare, bei denen der männliche Teil als Jude galt, wurden zur Aufgabe ihrer Wohnung gezwungen und beengt in *Judenhäusern* untergebracht. Die jüdischen Ehepartner wurden ab 1940 zur Zwangsarbeit verpflichtet und ab 1943 in der Regel kaserniert.

Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 beschränkte den Zugang von Juden zu höheren Bildungsanstalten, *jüdische Mischlinge* durften noch mittlere und höhere Schulen besuchen. Sie durften die Reifeprüfung ablegen, doch berechnete diese nicht unbeschränkt zur Aufnahme eines Studiums. Ab 1937 war ihnen ein Pharmazie- und Medizinstudium verwehrt. Nach Kriegsbeginn 1939 wurden jüdische *Mischlinge 1. Grades* kaum noch zum Studium zugelassen. Ab 192 wurde auch die Zulassung von *Mischlingen 2. Grades* restriktiver gehandhabt.

Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung verschärfte für *Mischlinge 1. Grades* am 25. Oktober 1940 die Zulassungsbeschränkungen zum Hochschulstudium bzw. dessen Fortsetzung. Mit Erlass vom 2. Juli 1942 wurden *Mischlinge 1. Grades* vom Besuch der Haupt- und weiterführenden Schulen, ab Oktober 1943 auch von Berufsschulen ausgeschlossen.

Ab Sommer 1942 erwog man den Einsatz der jüdischen *Mischlinge*

jüdisch Versippten und deren Kinder, die sogenannten *Mischlinge 1. und 2. Grades* hingewiesen hatte. Ich möchte das heute hier nicht wiederholen, zumal der Text auch gedruckt vorliegt und inzwischen auch im Internet nachgelesen werden kann (www.erinnern-fuer-die-zukunft.de).

Erinnern möchte ich nur noch einmal an die wesentlichen Bestimmungen des Reichsbürgergesetzes, durch die alle deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens oder mit zwei Großeltern jüdischen Glaubens zu Menschen mit eingeschränkten Rechten wurden. Wer als Jude zu gelten hatte, wurde in der ersten Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 festgelegt:

- *Volljude* war nach nationalsozialistischer Auffassung, wer mindestens drei jüdische Großeltern hatte.
- *Jüdischer Mischling* war, wer von einem oder zwei volljüdischen Großeltern abstammte. Das Gesetz unterschied zwischen *Mischlingen 1. Grades* (*Halbjuden* mit 2 jüdischen Großeltern) und *Mischlingen 2. Grades* (*Vierteljuden* mit 1 jüdischen Großelternanteil).
- *Mischlinge 1. Grades* (*Halbjuden*) galten als Juden, wenn sie bei Erlass des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten oder danach in sie aufgenommen wurden oder wenn sie mit einem Juden verheiratet waren. Für sie kam der Begriff *Geltungsjude* auf.

Des Weiteren wurde bestimmt, dass kein Jude Reichsbürger sein konnte. Juden durften kein öffentliches Amt bekleiden, jüdische Beamte mussten spätestens am 31. Dezember 1935 in den Ruhestand treten. Das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten stand Juden nicht mehr zu.

Bei den sogenannten *Mischehen* unterschieden die Nationalsozialisten Gruppen, die im nichtamtlichen Sprachgebrauch *privilegierte* und *nichtprivilegierte Mischehen* genannt wurden. Gesetzlich wurde dies nie geregelt. Privilegiert galten diese Ehen, wenn aus ihnen eheliche Kinder hervorgegangen waren und diese Kinder sowie der *deutschblütige* Partner nicht der mosaischen Religion angehörten. War in einer kinderlosen Ehe der Mann *deutschblütig*, so war diese auch privilegiert. Jüdische Partner aus den sogenannten *privilegierten Mischehen* mussten den *gelben Stern*

Shoa-Opfer aus den damals noch getrennten Städten aufgeführt. Man überlege: 700 Ermordete aus dem heutigen Bochum!

Aber nicht nur die Vergangenheit wurde erforscht und auf ihre Bedeutsamkeit für unsere Erinnerungskultur heute reflektiert, sondern auch die Zukunft der jüdischen Gemeinde Bochums wurde intensiv zur Sprache gebracht.

Am 8. November 1998 feierten in Bochum zum 1. Mal Juden und Christen gemeinsam in der überfüllten Christuskirche eine gemeinsame Andacht anlässlich der Erinnerung an den 9. November 1938. Am Schluss wurde eine Kollekte gesammelt für den Bau einer neuen Synagoge. Es begann die „Aktion: Eine Synagoge für Bochum!“ Ein Spendenkonto wurde eingerichtet und ein „Freundeskreis Bochumer Synagoge“ gegründet. Dessen Vorsitz übernahm der Vorsitzende der Stadtakademie Gerd Liedtke. Dieser gab dann 2011 den Band heraus: „Die neue Bochumer Synode. Bilder und Texte“ heraus. Michael Rosenkranz hat dieses Vorwort geschrieben:

„Was bedeutet uns die Einweihung einer neuen Synagoge in Bochum?“

Zunächst wird uns bewusst, dass wir offenbar überlebt haben, dass alle Versuche, uns zu vernichten, uns zwar schwere Verluste beigebracht haben, uns aber doch nicht auslöschen konnten, und dass der kleine, übrig gebliebene Rest Lebenskraft hat und neues Leben in uns sich zu regen beginnt.

Dann wird uns bewusst, dass wir einen neuen Ort gefunden haben, an dem wir leben können, deren allergrößte Teil hier nicht geboren, nicht hier aufgewachsen ist, nun aber hier eine neue Heimat gefunden hat und nun auch ein neues Zuhause. Ein Ort, um zu arbeiten und zu beten, zu lernen und zu feiern, sich zu finden und sich zu äußern, ein Ort des Zusammenkommens und der Begegnung, ein Ort des Lebens.

Aber wir sind nicht auf einer Insel. Und das ist uns heute bewusst geworden. Wir sind nicht allein, wir haben freundliche Nachbarn, die uns unterstützt haben und noch unterstützen und helfen, mit denen

ein Gespräch, ein Austausch, ein gemeinsames Erleben möglich ist. Und wir können unsere Nachbarn nun auch zu uns einladen.

Waren wir bisher mit dem Hüten des Inhalts unserer Koffer beschäftigt, können wir diese nun auspacken und uns in unserem schönen, neuen Zuhause endlich einrichten.

Für all das danken wir!“

Auch in diesem Band sind historische Exkurse von Keller, Schneider und Liedtke zu finden. Ausführlich wird über die Einweihung der Synagoge berichtet mit Ansprachen u. a. von Alfred Salomon, Grigory Rabinovich, Frau Dr. Scholz, Dr. Norbert Lammert, Dr. Jürgen Rüttgers u. a.. Der 16. Dezember 2007 war für Bochum ein besonderer Tag.

Im zweiten Teil des Buches wird über das Leben in der gegenwärtigen Zeit berichtet. Und hier findet sich eine kurze Beschreibung von Alexander Chraga über die Dr. Ruer-Medaille. Dort heißt es:

„Mit dieser Medaillenverleihung öffnet die Gemeinde ihre Tore weit und zeigt damit, dass sie Teil der Gesellschaft sein will und den Dialog sucht“. Die 1. Medaille wurde 2004 an Ernst-Otto Stüber verliehen, die dritte erhielt 2008 Gerd Liedtke.

Zurück zu Keller und der Stadtakademie. Ihnen ging es aber nicht nur um die Vergegenwärtigung der Geschichte, sondern auch um die Forcierung des christlich-jüdischen Dialoges. Ab 1999 gab es einen zweijährigen Studienkurs „Einführung in das Judentum“ mit 25 Kursabenden in Zusammenarbeit mit dem Landesrabbiner Dr. Henry Brandt. Der christlich-jüdische Dialog blieb kontinuierlich auf dem Programm der Akademie. Ihr Leiter hat eine bewundernswerte Konstanz in der Behandlung dieses nicht einfachen Themenkomplexes gezeigt. Ich kann jetzt nicht alle Themen und Referenten aufzählen, aber einen besonderen Anteil an dieser theologischen Grundsatzarbeit hatte Prof. Klaus Wengst von der RUB, der sich an ungewohnte Fragen des Dialoges heranwagte.

Ein besonderes Thema wurde für Keller seit 2003 die „Musik der Synagoge“. Nach vielen musikalischen Aufführungen hat er 2006

auch einen Bogen um das juristische Rückgrat der Judenverfolgung: die vor 80 Jahren, im September 1935, erlassenen Nürnberger Rassegesetze und deren Durchsetzung in Prozessen wegen „Rassenschande“.

Weinkauff war ein vielfach ausgezeichnete und geehrte Mann. Einer seiner Nachfolger am Bundesgerichtshof, Walter Odersky, ließ es sich 1994 nicht nehmen, die Vergangenheit des 1981 verstorbenen Hermann Weinkauff als untadelig darzustellen. Dieser sei zwar Reichsgerichtsrat gewesen, aber er habe *„wenig mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt. Er habe unbeirrt im Glauben an unwandelbare rechtliche Grundrechte den Anfechtungen des Dritten Reiches standgehalten.“*

Klaus Godau-Schüttke wertet nun in seinem Artikel ausführlich eine Akte aus dem Thüringischen Staatsarchiv in Gotha aus, die belegt, wie tief Weinkauff in die Rechtsprechung zu den Nürnberger Gesetzen involviert war. Das Urteil vom 2. September 1936 vor dem Reichsgericht in Leipzig, in dem in einem Revisionsverfahren gegen den Kaufmann H., in dem das Urteil des Landgerichts Erfurt – neun Monate Haft wegen „Rassenschande“ – bestätigt wurde, trägt die Unterschrift des Richters Hermann Weinkauff.

Hermann Weinkauff machte – wie wir gesehen haben – nach 1945 eine steile Karriere. An Prozesse und Verleumdungen wegen „Rassenschande“ mochte sich damals und noch Jahre später niemand erinnern. Dieses Beschweigen hatte seine Gründe: Die einstigen Wahrer des Rechts wollten nicht mit ihrer eigenen Vergangenheit konfrontiert werden.

Meine Damen und Herren, was in der Literatur zu den Nürnberger Gesetzen bis heute fehlt, ist eine geschlossene Untersuchung der Auswirkungen der Gesetze auf die Bewohner einer bestimmten Stadt oder Region, und zwar sowohl auf die Ausgegrenzten – die Juden – als auch auf die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft.

Ich selbst habe für Bochum einige Vorarbeiten geleistet, die ich in meinem im letzten Jahr erschienenen Buch „Leben nach dem Überleben“ veröffentlicht habe. Und einige von Ihnen, die meinen Vortrag vor einem Jahr hier im Stadtarchiv gehört haben, können sich vielleicht erinnern, dass ich damals vor allem auf die Auswirkungen des Reichsbürgergesetzes auf die in Bochum in sogenannten *Misch-ehen* lebenden Juden, deren christliche Partner, die sogenannten

deutung der Gesetze für die Betroffenen – die Juden – beleuchtet.

Als Beispiel wähle ich hier den Artikel in der ZEIT vom 17. September d.J. von Klaus Godau-Schüttke, der bis 2007 Richter am Landgericht Itzehoe war. Ich wähle diesen Artikel auch deshalb, weil in ihm auch die Rolle reflektiert wird, welche die deutsche Justiz vor 1945 bei der Auslegung der „Nürnberger Gesetze“ spielte, und vor allem wie sie nach 1945 damit umging. Unter der Überschrift „Blut und Roben“ bewertet Godau-Schüttke die „Nürnberger Gesetze“ so: „[...] Das ‚Reichsbürgergesetz‘ und das ‚Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre‘, auch ‚Blutschutzgesetz‘ genannt, verfügte im Kern das, was Hitler und seine Partei von Anfang gefordert hatten. Durch das ‚Reichsbürgergesetz‘ verloren Juden die deutsche Staatsbürgerschaft, durch das ‚Blutschutzgesetz‘ wurden die Heirat und der außereheliche Geschlechtsverkehr ‚zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes‘ verboten. Beide Gesetze zielten auf Entmenschlichung und totale Entrechtung. Das ‚Reichsbürgergesetz‘ war mit seinen später erlassenen 13 Verordnungen eines der juristischen Instrumente, die den Weg zur ‚Endlösung‘ ebneten.[...]“

Godau-Schüttke interessiert in seinem Artikel aber vor allem die Rechtsprechung der deutschen Justiz zu den „Nürnberger Gesetzen“ ab Ende 1935 und vor allem deren Verhalten nach 1945. Als Beispiel wählt er Hermann Weinkauff, der 1950 von Bundespräsident Heuss zum ersten Präsidenten des Bundesgerichtshofes ernannt wurde, das Amt hatte er bis 1960 inne. 1968 erschien Weinkauffs Buch „Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick.“ Zu diesem Zeitpunkt hatten Studentengruppen in einer Ausstellung und mit anderen Aktionen längst auf die verleugneten Kontinuitäten der Nachkriegsjustiz zur NS-Zeit hingewiesen - auf die personellen wie die ideologischen. Die Justiz selbst schwieg sich über die Vergangenheit aus.

Weinkauffs Buch machte da keine Ausnahme. Es bot keinen Überblick, sondern es war ein Dokument vorsätzlichen Wegsehens. Godau-Schüttke belegt nun, dass Weinkauff durchaus auch persönliche Gründe hatte, einen Überblick zu verfassen, der gewisse Dinge im Dunkeln ließ. So behauptete er nicht nur in verharmlosender Weise, die Juristen seien letztlich Opfer des NS-Regimes und seiner Gesetzesvorgaben gewesen. Er machte

zusammen mit Ronna Honigman den umfangreichen Band über Erich Mendel, der von 1928-1939 hier in Bochum jüdischer Kantor war, herausgegeben. Es ist die musikalische Werkgeschichte eines bedeutenden Musikers und Sammlers der synagogalen Musik. Nach der Pogromnacht des 9./10. November 1938 wurde er mit anderen Bochumer Juden ins KZ Sachsenhausen gebracht.

Hier waren – das sei besonders erwähnt – 5 bekannte Bochumer in der sog. Judenbaracke untergebracht: die Rabbiner Dr. David und Dr. Kliersfeld, der Rechtsanwalt Dr. Schoenwald, der Kantor Mendel und der Bochumer Evangelische Pfarrer Dr. Hans Ehrenberg, der „Christ aus Israel“, wie er sich selbst nannte. Alle Fünf konnten noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nach England emigrieren. Und Mendel hatte noch eine lange Schaffenszeit in den USA. Auch diese Etappe wird in dem Buch beschrieben, ergänzt durch einen Überblick auf seine musikalischen Kompositionen und seine Forschungsarbeiten.

Blickt man auf die Arbeit von Keller in der Stadtakademie zurück, so ist das in meinen Augen eine hervorragende Lebensleistung im Dienst der Vergegenwärtigung der jüdischen Geschichte vor Ort und im Dienst eines jüdisch-christlichen Dialoges. Keller hatte aber auch das Glück, eine Reihe von engagierten Mitarbeitern gehabt zu haben, die alle zu ihrem Teil zum Gelingen des Ganzen beigetragen haben. Stellvertretend für viele möchte ich Frau Blätgen nennen, die durch Jahre hindurch einen selbstlosen Einsatz gezeigt hat.

Hubert Schneider

Zwischendurch ist schon öfter der Name Hubert Schneider gefallen. Er hat in der Akademie viele Vorträge gehalten und durch Jahre hindurch mit Keller kooperiert. - Es war ein guter Einfall, ihnen beiden zusammen die Dr. Ruer-Medaille zu überreichen. -

Schneiders großes geschichtswissenschaftliches Erlebnis war es, 1977 nach ständigem voraus laufendem Kontakt mit Moritz Schlesinger, einem sozialdemokratischen Juden, dessen „Erinnerungen

eines Außenseiters im diplomatischen Dienst“ herausgegeben zu haben. Hier hat er gelernt, mit Quellen umzugehen und sich in den Dienst ihrer verantwortlichen Interpretation zu stellen.

Im Blick auf Schneiders Bochumer Zeit will ich mit einer Erinnerung an das Jahr 1993 beginnen. Damals kam eine Broschüre mit dem Titel „Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid“ heraus, hg. u. a. von Günter Gleising, Klaus Kunold und Irmtrud Wojak. Es ist die damalige „Vereinigung Verfolgter Nationalsozialisten“ (VVN) unter ihrem Vorsitzenden Klaus Kunold, die sich intensiv mit der nationalsozialistischen Verfolgung in Bochum befasst hat. Sie hat hier auf ihre Weise wertvolle Vorarbeit für spätere Studien geleistet.

Diese Gruppe der VVN wandte sich an den Dozenten in der geschichtswissenschaftlichen Abteilung der RUB Hubert Schneider, um ihn für die Mitarbeit an einem Projekt zu gewinnen, Juden, die die Verfolgung überlebt hatten, in ihre Heimatstadt zu einem längeren Besuch einzuladen. Ich will ihnen ersparen zu schildern, wie die Stadt in den Jahren zuvor versucht hat, das zu erschweren oder zu verhindern. Erst seit 1979 gab es unter dem OB Heinz Eikelbeck, der auch ein Vorwort in der oben genannten Broschüre beigesteuert hat, die ersten einzelnen Einladungen. Eine neue Phase begann mit der Begründung des „Vereins zur Förderung einer Einladung an die zwischen 1933 und 1945 verfolgten und aus Bochum und Wattenscheid vertriebenen jüdischen Bürgerinnen und Bürger – Erinnern für die Zukunft“. Über das Stadtarchiv konnte man die ersten Adressen von Überlebenden bekommen und sie anschreiben. Auch konnten die Ratsparteien für Mitarbeit und Unterstützung gewonnen werden. Vor allem war es der OB Ernst-Otto Stüber, der sich des Gedankens eines größeren Besuchs von ehemaligen Bürgern unserer Stadt annahm und sich persönlich engagierte. Es gab in der Folge einen Spendenaufruf des OB, des DGB, des Rektors der RUB, der Industrie- und Handelskammer und der beiden Kirchen. Nun bereitete man sich in etlichen Seminaren, Veranstaltungen und in einer Ausstellung „Erinnern für die Zukunft“ auf die Tage vom 2.- 10. September 1995 vor. In dieser Vorbereitungsphase wurde Hubert Schneider einer der wichtigsten Akteure dieses städtischen Großereignisses. Dokumen-

gen, zum Beispiel ins Kino, ging. Mutter und Tochter nahmen den Vater immer in die Mitte. Sie wollten dadurch verhindern, dass der Mann vielleicht versehentlich mit einer nichtjüdischen Frau in Berührung kam.

Von Fred Mischkowski wissen wir, dass seine Eltern ab Ende 1935 alles daran setzten, ihn aus Deutschland herauszubringen. Sie sahen, welchen Gefährdungen der gut aussehende junge Mann ausgesetzt war, wenn er sich mit jungen nichtjüdischen Mädchen traf.

Simon Freimark, Geschäftsführer der neben der Marienkirche gelegenen jüdischen Firma Seidemann – sie fertigte Hosen an –, gehörte zu den jüdischen Männern, die bis zur Einweisung der Familie in das Judenhaus in der Horst-Wessel-Straße 56 arbeiteten konnten. Der neue Inhaber der arisierten Firma Seidemann, Boecksteger, brauchte ihn, wollte er den Betrieb weiterführen. Es wurde aber alles dafür getan, dass Freimark keinen Kontakt mit den im Betrieb arbeitenden Frauen hatte. Er hatte ein Büro, in dem nur er saß, an Betriebsfeiern und Betriebsausflügen hatte er frei, er durfte nicht teilnehmen.

Und eine letzte Geschichte. Ich anonymisiere sie, denn die Familie lebt noch in Bochum. Der 1923 geborene Junge X wurde im Januar 1942 nach Riga deportiert. Er hatte zu diesem Zeitpunkt eine nichtjüdische Freundin, die Ende Oktober 1942 eine Tochter zur Welt brachte, das Kind des X. Trotz Drängens seitens der Behörden nannte die junge Mutter den Vater des Kindes nicht. Sie wusste, was es bedeutet hätte, hätte sie den jüdischen Vater genannt. Sie selbst wäre wegen Rassenschande belangt, das Kind wäre als Mischling 1. Grade stigmatisiert worden. X überlebte, erkannte nach seiner Rückkehr die Vaterschaft an. Die Kindesmutter war inzwischen mit einem anderen Mann verheiratet.

Meine Damen und Herren, Sie wissen natürlich, warum ich Ihnen diese Geschichten, die ich fortführen könnte, erzählt habe. Im September 1935, also vor 80 Jahren, wurden die sogenannten „*Nürnberger Gesetze*“ erlassen. In zahlreichen Büchern, vielen Zeitungsartikeln, in Veranstaltungen in fast allen Städten wurde in diesen Wochen an dieses Ereignis erinnert. Dabei geht es fast immer darum, den Inhalt dieser Gesetze zu rekapitulieren, ihren Stellenwert in der Geschichte der Judenverfolgung während der Nazizeit zu markieren. In der Regel wird dann an ausgewählten Fällen die Be-

Die Nürnberger Gesetze von 1935 und deren Auswirkungen in Bochum

Vortrag im Stadtarchiv Bochum am 12. November 2015

Meine Damen und Herren,

zunächst möchte ich Ihnen einige Geschichten erzählen, die sich alle hier in Bochum nach 1935 abspielten, von denen wir aus Akten, zumeist aber aus privaten Dokumenten und Gesprächen wissen.

Die erste Geschichte liegt inzwischen gedruckt vor, auch eine Stolpersteingeschichte, die im Internet veröffentlicht wurde, kann nachgelesen werden. Es ist die Geschichte des Erich Lewkonja, der wegen „Rasseschande“ zunächst zu Zuchthaus verurteilt, schließlich nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurde. (Nachzulesen in Hubert Schneider, „Judenhäuser“ in Bochum. Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner, 405–409 ; im Internet: Stolpersteine Bochum Erich Lewkonja).

Eine andere Geschichte: Max Munjo Preger gehörte in Bochum zu den sogenannten „Ostjuden“. Bei Warschau geboren, war er 1917 nach Bochum gekommen, betrieb hier einen selbständigen Schneidereibetrieb. Er heiratete eine christliche Frau, die zum Judentum übertrat, 1923 und 1926 wurden ein Junge und ein Mädchen geboren. 1928 wurde die Ehe geschieden. Die Kinder blieben beim Vater. Max Preger wurde am 18. November 1937 wegen des Verdachts der *Rassenschande* verhaftet. Zu einem Prozess kam es in Bochum nicht, der „Ostjude“ wurde am 13. Mai 1938 aus der Untersuchungshaft nach Polen abgeschoben. Was das für die Kinder Günter und Margret bedeutete, können Sie nachlesen: Ich habe ihre Geschichte aufgeschrieben in meinem Buch „Leben nach dem Überleben“. Nur so viel: Beide wurden mit dem ersten „Judentransport“ im Januar 1942 nach Riga deportiert. Das Mädchen kam ums Leben, der Junge überlebte, kam nach dem Krieg nach Bochum zurück, gehörte zu den frühen Mitgliedern der jüdischen Nachkriegsgemeinde.

Andere Geschichten seien hier nur angedeutet:

Von Hilde Pander wissen wir, dass die Familie ab Ende 1935 – Mutter, Vater, Tochter – nur noch geschlossen zu Veranstaltungen

tiert sind diese Besuchstage in dem Band „Vom Umgang mit der Geschichte. Der Besuch der jüdischen Emigranten und Überlebenden des Holocaust in Bochum“, hg. von Irmtrud Wojak und Hubert Schneider. Hier ist alles gekonnt dokumentiert, ein Stück aufregender und nachdenklicher Bochumer Stadtgeschichte. U. a. gab es auch eine Begegnung in der Stadtakademie am 6. September 1995, bei der Keller eine Einführungsrede hielt, in der er auch auf die Bedeutsamkeit der Bürgerinitiative „Erinnern für die Zukunft“ hinwies und an Frau Wojak und Hubert Schneider einen besonderen Dank für ihren Einsatz aussprach, Begrüßen konnte er u. a. Herrn und Frau Menzel und Herrn und Frau Salomon von der jüdischen Kultusgemeinde. Es sprachen noch Henry Brandt und Karl-Heinz Menzel, Alfred Salomon und Gerd Vollmann als Besucher aus den Niederlanden.

Es war ein dichtes Besuchs- und Gesprächsprogramm, das hier in Bochum lang ersehnte und lang vorbereitete Wirklichkeit wurde. Liest man in Ruhe alle Dokumente und Presseberichte durch, so kann man nun nach 20 Jahren allen Mitarbeitern von damals Respekt zollen und Dank sagen.

War in dieser Zeit Schneider schon ein zentraler öffentlich wirkender Mann, so folgt für ihn nun ein zweiter Abschnitt seines Forscherlebens. Er wendet sich vorrangig der Erhellung und Darstellung von Biographien einzelner Juden und jüdischer Familien aus Bochum zu. Aber zunächst gibt er 2000 zusammen mit Manfred Keller und Johannes Volker Wagner den Band „Gedenkbuch. Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid“ heraus. – Wir haben ihn schon dargestellt. –

2005 nun gibt Schneider den Briefwechsel von 1938 –1946 der Familie Freimark aus Bochum unter dem Titel „Es lebe das Leben...“ heraus. Nur wer Sinn für die Leistungen anderer hat, kann ermessen, welcher Zeit- und Arbeitsaufwand hinter einer Edition und hinter den aufklärenden Fußnoten zu den 102 Briefen und Postkarten steht. Das ist asketische Kleinarbeit, die man physisch und psychologisch nur leisten kann, wenn man von der Bedeutsamkeit einer Erinnerungskultur für uns Heutige überzeugt ist.

2010 erfolgte der „nächste Streich“: „Die Entjudung des Wohnraums – Judenhäuser in Bochum“. Mit einer seltenen Genauigkeit und mit einem ausgeprägten Sinn für Einzelschicksale beschreibt Schneider die Schicksale von Familien und Einzelnen. - Es dürfte kein Zufall sein, dass Manfred Keller die umfangreichste Rezension dieses Buches geschrieben hat.

Zu erwähnen ist noch, dass Schneider durch die Jahre hindurch intensiven Briefkontakt mit vielen Juden in aller Welt gehabt und viele Auslandsreisen unternommen hat, um mit Betroffenen zu reden. Wer macht das schon?

2014 kam das nächste Opus magnum: „Leben nach dem Überleben: Juden in Bochum nach 1945, hg. vom Verein „Erinnern für die Zukunft“ in Verbindung mit dem Stadtarchiv. Hier werden nun 60 Lebensgeschichten von Bochumer Bürgern der jüdischen Gemeinde zwischen 1945 und 1954 akribisch rekonstruiert. Archivarbeit an vielen Orten und Gespräche mit den Überlebenden bilden das Fundament einer methodisch sauberen historisch-kritischen Darstellung. Nur ein Beispiel sei herausgegriffen: das Schicksal von Dr. Rawitzki, der als SPD-Ratsmitglied in der Weimarer Zeit eine große kulturpolitische Bedeutung u. a. für das Theater und für die Stadtbücherei gehabt hat. Nach dem Krieg hat er wieder als Rechtsanwalt und Politiker in Bochum eine solche anerkannte Bedeutung gehabt, dass er 1962 die Ehrenbürgerrechte zugesprochen bekam.

Wer wirklich wissen will, wie die Probleme der zurückkehrenden jüdischen Bürger nach Kriegsende gewesen sind, findet hier spannendes und manchmal sehr bedrückendes Material.

Meine Damen und Herren! Auf der ausgeteilten Veröffentlichungsliste finden Sie ein Verzeichnis der Arbeiten von Schneider und Keller. Beide sind für eine historisch-kritische Aufarbeitung unserer Stadtgeschichte Motoren und Akteure gewesen. Die Arbeiten und Aktivitäten der beiden Preisträger von heute haben sich in ihren verschiedenen Schwerpunkten und in ihren thematischen Überschneidungen hervorragend ergänzt. Ein Glücksfall für unsere Stadt und für unsere jüdische Gemeinde.

Zur Vorgeschichte dieses Projektes gehört eine Studienfahrt von Wattenscheider Oberstufenschülern nach Auschwitz. Ein Arbeitsauftrag für diese Schüler bestand darin, zu den Opfern, die auf den Drei Stelen aufgeführt sind, im Archiv von Auschwitz genauere Informationen in Erfahrung zu bringen. Die Arbeitsergebnisse wurden von den Schülern bei ihrer Rückkehr in einer Ausstellung präsentiert. Zu den Exponaten gehörten drei Todesurkunden von den Wattenscheider Opfern der Shoa, u. a. auch die von Betti Hartmann, dem jüngsten Wattenscheider Opfer. - Hannes Bienert hat die Bedeutung dieser Todesurkunde sofort erkannt und die Idee entwickelt, den Vorplatz des Wattenscheider Rathauses nach Betti Hartmann zu benennen. Dazu formulierte er einen Bürgerantrag, der auch von der Bezirksvertretung angenommen wurde. Seitdem heißt der Platz Betti-Hartmann-Platz.

Hannes Bienert formulierte seinen Bürgerantrag zu einer Zeit, in der die Kinder von Auschwitz als eine besondere Opfergruppe von der historischen Forschung noch keine große Berücksichtigung gefunden hatte. Erst zwei oder drei Jahre später bin ich beim Stöbern unter historischen Neuveröffentlichungen auf ein Buch gestoßen, das sich dieses neuen Themas annahm.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Ausführungen.

Auf den Drei Stelen des Nivelles-Platzes sind 87 Wattenscheider Opfer des Holocaust verzeichnet. Hannes Bienert ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Diese Koinzidenz der Zahlen - 87 Opfer, 87 Jahre Lebensalter - bringt für mich zum Ausdruck - wie es augenfälliger nicht sein kann -, wie sehr Hannes Bienert mit seinem Lebenswerk - dem Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit - verbunden war.

Hannes Bienert hat sich um die Wattenscheider Erinnerungskultur verdient gemacht.

Heinz-Werner Kessler war bis zu seiner Pensionierung Geschichtslehrer am Märkischen Gymnasium und ist jetzt Vorsitzender des Heimat- und Bürgervereins Wattenscheid

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem anderen Punkt, zum Holocaust-Mahnmal auf dem Nivelles-Platz. Auch hierzu möchte ich Ihnen etwas Persönliches erzählen.

An der Schule, an der ich tätig war, gehörte es zu meinen Aufgaben, Austauschschüler aus Estland, Frankreich und den USA durch Wattenscheid zu führen und ihnen Grundzüge der Stadtgeschichte zu vermitteln. Eine feste Station bei diesen Stadtführungen war und ist das Holocaust-Mahnmal auf dem Nivelles-Platz. Wenn ich den ausländischen Schülern von dem langwierigen Prozess erzählte, der durchlaufen wurde, um dieses Mahnmal zu erstellen, fiel den meisten Schülern - bildlich gesprochen - die Kinnlade herunter: so viel Arbeit, Mühen, Probleme und Schwierigkeiten hatten sie nicht erwartet. Sie hatten aber auch nicht erwartet, wie offen Deutsche heutzutage über die Verbrechen der NS-Zeit sprechen können. Dazu hat Hannes Bienert beigetragen.

Ich muss offen gestehen: Wenn ich vor dem Mahnmal stehe, bin ich jedes Mal stolz auf die Erinnerungsarbeit, die hier geleistet wurde und ich bin stolz darauf, Hannes Bienerts Arbeit bei der Erstellung dieses Mahnmals begleitet zu haben.

Es ist ein historischer Glücksfall, dass der Standort des Mahnmals auf dem Nivelles-Platz liegt. Es hat damit einen zusätzlichen Verweisungscharakter erhalten. Es verweist damit nicht nur auf den Holocaust, sondern auch auf die Bombardierung der belgischen Stadt Nivelles durch die Deutsche Luftwaffe am 14. Mai 1940, bei der nicht nur die romanische Stiftskirche, sondern auch der wertvolle Schrein der hl. Gertrud, der Stadtpatronin von Wattenscheid, zerstört wurden.

Der Heimat- und Bürgerverein Wattenscheid, den ich vertrete, hat Hannes Bienert für die Errichtung dieses Mahnmals ein kleines sinnbildliches Denkmal gesetzt. - Der Gertrudispreis, der 2011 von unserem Verein verliehen wurde, bestand aus einer wertvollen Kalligraphie der Wattenscheider Stadtgeschichte. Diese Stadtchronik wurde seit Beginn der Preisverleihung sukzessive mit den wichtigsten Ereignissen der Stadtgeschichte fortgeschrieben. Als ein epochemachendes Ereignis der Wattenscheider Geschichte haben wir dort die Errichtung der Drei Stelen durch Hannes Bienert aufgenommen.

Ich komme nun zur letzten herausragenden Leistung von Hannes Bienert: der Umbenennung des Platzes vor dem Wattenscheider Rathaus in Betti-Hartmann-Platz.

Dankrede

Manfred Keller

Sehr geehrter Herr Bundestaatspräsident.

sehr geehrter Herr Lehrer, lieber Herr Rabinovich,
meine Damen und Herren,

der Abschnitt aus der Thora, der am gestrigen Shabbat den Mittelpunkt des Gottesdienstes in der Synagoge bildete – hier in Bochum und weltweit –, steht im 1. Buch Mose in den Kapiteln 12 bis 17. Er beginnt mit den Worten: „Der Ewige sprach zu Abraham: `Zieh hinweg aus deinem Land, von deinem Geburtsort und von deines Vaters Haus in das Land, das ich dir zeigen werde. Ich will dich zu einem großen Volk machen, will dich segnen und deinen Namen groß werden lassen. Du selbst sollst ein Segen sein`.“ So lauten die bekannten Verse in der Übersetzung von Rabbiner Gunther Plaut, der in Münster geboren wurde ebenso wie Dr. Otto Ruer. Plaut verließ Deutschland bereits 1935 nach dem Inkrafttreten der „Nürnberger Gesetze“, ging zunächst in die USA, dann nach Kanada. Seine dort geschriebenen wissenschaftlichen Kommentare zu den 5 Büchern Mose gehören zu den Standardwerken jüdischer Exegese, aus denen Rabbiner Brandt in unserem Bochumer Studienkurs „Einführung in das Judentum“ oft und gern zitierte.

Farbig und höchst anschaulich erzählte Brandt an einem der Kursabende die Lebensgeschichte Abrahams, die den Inhalt von 1. Mose 12 bis 17 bildet. Er machte deutlich, dass Abraham, mit dem die Geschichte Israels beginnt, zugleich das große Leitbild für alle kommenden Generationen und Jahrhunderte ist. Abraham ist der Vater schlechthin, nicht nur in biblischer Zeit, sondern bis auf den heutigen Tag, bis hin zur Generation derjenigen Juden, die seit den 1990er Jahren aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion hierher nach Deutschland kamen. Brandt zitierte Plaut, der die eingangs verlesenen Verse mit Worten kommentierte, die uns in der aktuellen Situation besonders unter die Haut gehen: „Es ist schwer, das eigene Land zu verlassen und ein schutzlos Umherirrender zu sein. Schwerer ist es, alles, was einem in seinem vertrauten Zuhause lieb ist, zurückzulassen. Noch schwerer ist es, aus den Werten und Ge-

wohnheiten seiner Familie auszubrechen.“ Rabbiner Brandt zeigte, wie sich die aktuelle Geschichte in den alten Bibelversen spiegelt. Die christlichen Teilnehmer des Kurses leitete er dazu an, die Probleme und Chancen der jüdischen Einwanderer – auch hier in der Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen – im Licht der Thora zu erkennen und zu verstehen. Und die wenigen jüdischen Teilnehmer ermutigte er, Abraham gleichsam als „Prototyp“ zu sehen, in dem jeder Jude sich selbst und seine Bestimmung – das eigene Leben und die darin gestellten Aufgaben – zusammenfassend vorgezeichnet findet. Gerade darum war dem Rabbiner noch ein weiterer Satz wichtig, der ebenfalls in den Anfangsversen der Abrahamsgeschichte steht. Gott sagt zu Abraham: „In dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter der Erde.“ Die Auslegung dieses Satzes lautet in Kurzform: Gottes Ruf an Abraham öffnet der jüdischen Gemeinschaft den Blick über das eigene Volk und die eigene Religion hinaus. Gottes Ruf verpflichtet das Volk Israel, die Menschen jüdischen Glaubens, zu einem gedeihlichen Miteinander der Völker und zum Dienst an der Welt im Ganzen. Dass in diesem Verständnis auch der Ansatz für einen Jüdisch-Christlichen Dialog enthalten ist – sogar für einen Dialog der drei Abrahamsreligionen Judentum, Christentum und Islam – versteht sich von selbst.

Ja, liebe jüdische Gemeinde, das haben Sie jetzt davon, dass Sie einen christlichen Theologen, einen evangelischen Pfarrer, mit Ihrer Dr.-Ruer-Medaille auszeichnen. Dann kommt er her und fängt an, in Ihrer Synagoge zu predigen. Doch Scherz beiseite. Ich hoffe, Sie haben verstanden, dass ich hier nichts Unzulässiges getan habe. Ich habe vielmehr versucht, Ihnen in und mit der Betrachtung des aktuellen Wochenabschnitts „Lech lecha“ – zu Deutsch: „Zieh hinweg“ oder „Geh für dich“ – ansatzweise meinen Dank für diese Auszeichnung abzustatten.

Vor dreißig Jahren, im Sommer 1985, begannen wir in der Evangelischen Stadtakademie Bochum mit dem Ausgangsprojekt einer vollständigen Inventarisierung des Jüdischen Friedhofs an der Wasserstraße. Aus dem gemeinsamen Engagement vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie entwickelten sich die Folgepro-

der NS-Zeit bei allerlei Heldengedenkfeiern und nationalen Feiertagen als ein zentraler Ort der Propaganda fungierte. Über die NS-Zeit wollte oder konnte mein Vater aber mit seinem Sohn nicht sprechen. Er hat einfach gelogen. Und noch eins ist bemerkenswert: Mein Vater war bestimmt kein Nazi. Und trotzdem konnte oder wollte er über die von ihm erlebte Nazi-Zeit nicht sprechen.

Erst viel später ist mir bewusst geworden, dass ich damals bei meiner Erzählung die von Hannes Bienert organisierte Gedenkfeier als ein Stück Vergangenheitsbewältigung gebraucht hatte. Und es ist gerade dieser Punkt, es ist die Vergangenheitsbewältigung, in der ich auch die allgemeine Bedeutung der Gedenkfeiern für Wattenscheid erblicke: nämlich der "Unfähigkeit zu trauern" in Deutschland (wie Alexander und Margarete Mitscherlich es ausdrückten) ein Ende zu setzen, sich der Verbrechen der Nazizeit bewusst zu werden, sich den historischen Fakten zu stellen, um in Gegenwart und Zukunft gefährlichen Tendenzen in Politik und Gesellschaft entgegenzutreten.

Mich als Geschichtslehrer hat früher immer aufgeregt, dass die Geschichte der NS-Zeit und erst recht die Geschichte des Holocausts in den Lehrbüchern der Schule immer auf einer fernen räumlichen Darstellungsebene behandelt wurde. Alles war immer sehr, sehr weit weg. Es wurde und wird z. B. der Verlauf der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Berlin oder die Pogromnacht vom 9. November in einer anderen fernen Großstadt geschildert. Dass Gleiches oder Ähnliches auch vor Ort, am Schulort, passierte, dass auch in Wattenscheid gemordet, gefoltert, deportiert wurde, war bis in die 1990er Jahre den Schülern häufig nicht bewusst. Daran hat sich zum Glück einiges geändert, z. B. durch die Erforschung der Lokalgeschichte zur NS-Zeit, durch Projekte wie die der "Stolpersteine". Hannes Bienert hat in dieser Beziehung schon sehr früh Zeichen gesetzt. In einer Zeit, in der viele es nicht wahrhaben wollten, hat er auf die NS-Verbrechen vor Ort aufmerksam gemacht. Als öffentliche Plattform der Vergangenheitsbewältigung dienten ihm die von ihm gestalteten Gedenkfeiern zum 9. November.

Hannes Bienert hat die Tradition der Gedenkfeiern zum 9. November in Wattenscheid mitbegründet. Erst mit zeitlicher Verzögerung wurden dann auch von der Wattenscheider Bezirksvertretung Gedenkfeiern zur Pogromnacht am 9. November veranstaltet. Hierin liegt eine seiner großen Leistungen.

Nachruf auf Hannes Bienert

In der Nacht vom 28. zum 29. Oktober 2015 ist Hannes Bienert im Alter von 87 gestorben. Wenige Stunden vor seinem Tod führte der Verstorbene noch Telefongespräche zur Vorbereitung der Gedenkfeier am 9. November 2015 vor den drei Stelen auf dem Nivelles-Platz. Auf der Trauerfeier am 6. November 2015 in der Lieselotte-Rauner-Schule hielt Heinz-Werner Kessler die folgende Rede:

Verehrte Trauernde!

Hannes Bienert war ein Mensch mit Ecken und Kanten. Seine Kritiker nannten ihn Alt-Kommunist und hielten ihn sich auf Distanz. Einigen galt er auch als eine *persona non grata*, mit der man am liebsten nichts zu tun haben wollte. Neonazis haben ihm Mord angedroht.

Was mich für Hannes Bienert vom ersten Moment einnahm, war sein hohes Engagement für seine Projekte, seine enorme Tatkraft und Energie, seine Kämpfernote, mit der er Dinge anpackte und zu verwirklichen suchte. Und das alles in einem hohen Alter, in dem sich andere schon längst zur Ruhe gesetzt haben. Mich überzeugte seine Leidenschaft, mit der er gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit kämpfte. Mich beeindruckten seine Ideen, mit denen er seine Projekte - trotz aller Widerstände - zu realisieren verstand. Denn er kannte das politische Geschäft und wusste, wie man zu agieren hatte, um politisch Erfolg zu haben. Er war - wie man so schön zu sagen pflegt - ein *alter Fuchs*.

Das erste Mal, daß ich Hannes Bienert begegnete, war auf einer Gedenkfeier zum 9. November in den 1990er Jahren auf dem Nivelles-Platz. Diese Gedenkfeier gestaltete er zusammen mit Wattenscheider Schulen. Als mir Hannes Bienert das Wort erteilte, erzählte ich, um den beteiligten Schülern die Bedeutung des Gedenkens verständlich zu machen, eine Begebenheit aus meiner Familiengeschichte. Ich erzählte, wie ich oft als kleiner Junge an der Hand meines Vaters am Wattenscheider Ehrenmal an der Bahnhofstraße spazieren ging. Ich erzählte, wie ich bei einem dieser Spaziergänge fragte, was das für ein Bauwerk sei - dieses Ehrenmal. Mein Vater antwortete: "Das hat Napoleon vor langer, langer Zeit gebaut." - Nun muss man wissen: Mein Vater war in Wattenscheid geboren, er hatte die Nazi-Zeit in Wattenscheid erlebt, er war Wehrmachtssoldat und wusste mit Sicherheit, dass das Wattenscheider Ehrenmal erst 1934 eingeweiht wurde und während

jekte: Das Buch „Spuren im Stein“; die Ausstellung „Spurensuche“ mit der pädagogischen Arbeitsmappe „Juden in Bochum“; das Gedenkbuch für die Opfer der Shoa; die Aktion „Eine Synagoge für Bochum“ und schließlich der Stelenweg „Orte der Erinnerung - jüdisches Leben in Bochum und Wattenscheid“, der noch nicht abgeschlossen ist. Keines dieser Projekte hätte ich allein stemmen können. Deswegen betrachte ich meine Nominierung für die Dr. Ruer-Medaille 2015 als Auszeichnung auch der Stadtakademie, ihrer angestellten Mitarbeiter – stellvertretend seien hier Klaus Grote und Dr. Udo Arnolde genannt – und ihrer Ehrenamtlichen, namentlich Renate Blätgen.

Sehr herzlich danke ich den beiden Entscheidungsgremien der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen: Dem Vorstand unter Grigory Rabinovich und dem Gemeinderat, insbesondere seinem Vorsitzenden Dr. Michael Rosenkranz. – Ich danke Prof. Dr. Günter Brakelmann, meinem Lehrer und Freund, für die Laudatio, die er Hubert Schneider und mir gehalten hat: gründlich, sachlich und zugleich persönlich einfühlsam. - Und *last not least* danke ich Ihnen allen, meine Damen und Herren, dass Sie uns die Ehre erweisen, bei der Preisverleihung anwesend zu sein.

Wer eine solche Ehrung erhält, wie sie heute in dieser Feierstunde zum Ausdruck kommt, tut gut daran, zurückzuschauen und zu fragen: Wer hat mir die entscheidenden Impulse gegeben? Wer ist mir auf meinem Weg begegnet und hat geholfen, die gesteckten Ziele zu erreichen?

Nun, den ersten Anstoß zu einer Beschäftigung mit dem Judentum bekam ich vor jetzt genau 55 Jahren. Im Herbst 1960 wurde in der Kunsthalle Recklinghausen die Ausstellung „Synagoga“ eröffnet. Ich hatte damals gerade mein Theologiestudium an der Kirchlichen Hochschule Bethel begonnen. Schwerpunkt des ersten Semesters war der Sprachkurs Hebräisch, und so lag es nahe, an meinem Heimatort Recklinghausen die Ausstellung zu besuchen, die einen Überblick über jüdische Geschichte und Kultur von der biblischen Zeit bis in die Gegenwart versprach. Selten bin ich von einer Ausstellung so beeindruckt worden. Sie wurde für mich nicht nur zu ei-

ner Quelle der Information, sondern mehr noch der Inspiration. Ich war fasziniert von dem Reichtum und der Schönheit synagogaler Kunst. Das bundesweit beachtete Ausstellungsprojekt, zu dem nicht nur Vortrags- und Seminarveranstaltungen gehörten, sondern auch Konzerte mit synagogaler Musik, eröffnete mir einen vom Ansatz her positiven Zugang zum Judentum. Dafür bin ich dankbar.

Diese Erfahrung hat zunächst mein Studium mitbestimmt, dann auch die sieben Jahre im Gemeindepfarramt in Württemberg, vor allem aber die mittlerweile 36 Jahre hier in Bochum – von der Arbeit in der Evangelischen Stadtakademie ab 1979 bis zum aktiven Ruhestand seit 2005.

Im Studium hat mich die Frage nach dem Verhältnis des Alten Testaments zum Neuen Testament sehr beschäftigt. Ich lernte, die jüdischen Wurzeln des christlichen Glaubens zu entdecken – und anzunehmen. Das heißt: Ich lernte, beim Ausarbeiten einer Predigt etwa die Mahnung des Apostels Paulus zu beherzigen: „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich!“ (Röm. 11, 18). Dieser Sachverhalt lässt sich am Umgang mit dem Wochenabschnitt 1. Mose 12 gut veranschaulichen. Die einleitenden Verse 1. Mose 12, 1–4 stehen auch in der Ordnung der Predigttexte meiner Evangelischen Kirche. Bei der Predigt über diesen Abschnitt habe ich immer zu beachten: Die ersten Adressaten von Gottes Ruf und der Zusage seines Segens sind Abraham und mit ihm das Volk Israel, die Menschen jüdischen Glaubens. Erst abgeleitet – in der Verbundenheit mit seinen ersten Adressaten – ist dieser Text auch unser „christlicher“ Text, gilt der Ruf an Abraham auch uns Christen, wird der Segen, der ihm verheißen wird, auch uns zugesagt. Dafür, dass ich diese Lektion lernen musste und lernen durfte, bin ich ebenfalls dankbar.

Meine Damen und Herren, bei der Besinnung darauf, wer mir wichtige Impulse für die Auseinandersetzung mit dem Judentum gab, darf ich die offiziellen kirchlichen Dokumente zur Neubestimmung des jüdisch-christlichen Verhältnisses nicht unerwähnt lassen: Angefangen von der frühen Konzilserklärung „Nostra aetate“ aus dem Jahr 1965 über den bahnbrechenden Beschluss der rheinischen

Empfang des Ostermarsches

Mit seinem Freund Jupp Knop organisierte Hannes Bienert Jahr für Jahr den Empfang des Ostermarsches in Wattenscheid. Als „Väterchen Frost“ übergab er Geschenke an Kinder in den Wattenscheider Flüchtlingsheimen, die von der Antifa vorab gesammelt wurden. Schließlich wusste Bienert, was es bedeutet, als Kind im Krieg und auf der Flucht zu sein.

1948 besuchte Bienert erstmals das Konzentrationslager Buchenwald. Da hatte er sich geschworen, sein Leben der Maxime zu widmen: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Christopher Becker“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung – Wattenscheid 28.10.15

**„Ein altes Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen ...
Kampf wider das Vergessen.**

Für Hannes Bienert war das Gedenken an die Reichspogromnacht, der Kampf wider das Vergessen Lebensaufgabe. Aufgrund seiner Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg wurde er Pazifist. Als 15-Jähriger eingezogen, schmiss er in Berlin die Panzerfaust beiseite und desertierte. Über Umwege kam er 1947 in der Hellwegstadt an.

Er arbeitete unter Tage, bildete sich weiter, war aber zwischendurch auch arbeitslos, weil er sich weigerte, in Unternehmen ohne Betriebsrat zu arbeiten; ein Mensch voller Überzeugungen durch und durch. Standhaft in seiner Haltung, wusste Bienert nicht selten anzuecken.

Sein politischer Kampf war mit Höhen und Tiefen verbunden: 2005 wurde er zu einer Geldstrafe von zehn Tagessätzen zu je 15 Euro verurteilt, weil er die Gedenkfeier 2004 zur Erinnerung an die jüdischen Opfer der Reichspogromnacht 1938 nicht angemeldet hatte. Von einem „Skandalurteil“, von einem „Tiefpunkt in der Rechtskultur“ ist bis heute die Rede.

Doch weder davon, noch durch die massiven Bedrohungen der rechten Szene Anfang der 90er Jahre ließ sich der Wattenscheider Antifa-Sprecher beeindrucken. Es hatte eher den Anschein, als sei seine Motivation, die Erinnerungskultur aufrecht zu halten, zu leben, mit jedem Jahr gewachsen.

Bienert setzte Zeichen, und zwar öffentlich, sichtbar: Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass drei gläserne Stelen am Nivellesplatz errichtet werden konnten, die namentlich an 87 Wattenscheider Männer, Frauen und Kinder jüdischen Glaubens erinnern, die ihr Leben während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verloren haben oder nach wie vor verschollen sind. Bienert sorgte und sammelte persönlich für die Finanzierung, aus dem klammen Stadtsäckel gab es keinen Cent.

Dem jüngsten Wattenscheider Opfer der Shoa, Betti Hartmann, ist der Rathausvorplatz gewidmet. Bienert brachte per Einwohneranregung die Umbenennung in Gang. 2013 bekam er für all sein Engagement die Dr. Ruer-Medaille der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen verliehen.

Landeskirche „Umkehr und Erneuerung“ von 1980 bis hin zu der späten westfälischen Synodalerklärung „Christen und Juden“ des Jahres 1999. Diese Dokumente haben das jüdisch-christliche Verhältnis grundlegend verbessert. Sie wurden in unseren Akademieveranstaltungen intensiv diskutiert. Sie verstärkten die Motivation für unsere Bochumer Projekte und haben sie zu einem Teil der gesamtkirchlichen Bemühungen gemacht um ein neues, positives Verhältnis von Kirche und Judentum.

Ebenso wichtig wie die kulturgeschichtlichen und theologischen Impulse aber waren für mich die persönlichen Begegnungen in der christlich-jüdischen Zusammenarbeit. Es waren Begegnungen mit jüdischen Menschen, die sich zunächst ganz praktisch aus der Alltagsarbeit in den Projekten ergaben und gelegentlich sogar zu einer persönlichen Freundschaft führten. Dafür möchte ich Dank sagen, indem ich *pars pro toto* an einen Bochumer Juden erinnere, dem ich über seinen Tod hinaus besonders verbunden bin: Karl-Heinz Menzel. Er war von 1962 bis 1989 stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde. In dieser Funktion widmete sich Menzel vor allem der Verwaltung und den Finanzen. Bei ihm lag auch die Zuständigkeit für den Jüdischen Friedhof an der Wasserstraße. Er war es, der uns half, diesen Friedhof als Geschichtsbuch der Jüdischen Gemeinde Bochum zu erkennen und zu lesen. Er besorgte uns die Fotoerlaubnisse beim Landesverband der Jüdischen Gemeinden Westfalens in Dortmund. Er sorgte dafür, dass die Grabsteine behutsam von Pflanzen freigeschnitten wurden. Er interessierte sich für alle Ergebnisse, die wir aus den Grabinschriften für die jüdische Familiengeschichte, für die Gemeindegeschichte und für die jüdische Stadtgeschichte Bochums erarbeiteten.

Im Laufe der Zusammenarbeit lernte ich seine Lebensgeschichte kennen, auch sie eine Abrahamsgeschichte. Menzel, Jahrgang 1922, geboren als Sohn einer jüdischen Mutter und eines christlichen Vaters, wuchs auf mit zwei Schwestern. Die Familie wohnte in der Maxstraße am Moltkeplatz (heute Springerplatz), einem Arbeiterviertel mit hohem Anteil von Sozialdemokraten und Kom-

munisten, aber auch von Juden. Karl-Heinz Menzel verdankte dieser Umgebung den nüchternen, sozialkritischen Blick, der für sein Denken und seine Haltung ebenso konstitutiv wurde wie der jüdische Glaube, den die Mutter ihren Kindern vermittelte, unterstützt von den Großeltern Julie und Josef Goldenberg, die im selben Haus lebten.

Zweimal musste Karl-Heinz Menzel in seinem Leben aufbrechen. Nach der Pogromnacht vom 9. November 1938 kam er mit einem Kindertransport nach Holland, zunächst in ein Kinderheim in Eindhoven, später – im Mai 1940 – ins Werkdorf Wieringen am IJsselmeer, wo junge jüdische Auswanderer auf ihre Hachschara – die Einwanderung in Israel – vorbereitet wurden. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Holland aber kam das Aus für Wieringen. Im Februar 1941 tauschte die SS im Ausbildungslager auf, um Transporte für die Deportation zusammenzustellen. Jetzt hieß die Gefahr nicht mehr nur Verfolgung, sondern Vernichtung. Doch Karl-Heinz Menzel hatte Glück im Unglück. Sein Transport endete unvermutet in Amsterdam, wo er zu einer jüdischen Familie kam. Drei Jahre lebte er unauffällig bei der Familie Rosenstein. Immer wieder aber gab es Razzien, deren Opfer in die Vernichtungslager deportiert wurden. Angesichts dieser Bedrohung fasste Karl-Heinz Menzel im Sommer 1944 den Entschluss, aus seiner Amsterdamer Gastfamilie wegzugehen, noch einmal aufzubrechen und sich auf eigene Faust nach Bochum durchzuschlagen. „Zieh hinweg“. „Geh für dich.“

Manche Einzelheiten dieser abenteuerlichen Heimkehr in das Land der Väter erinnern an die Verstellungskünste Abrahams, die der Stammvater – wie der Wochenabschnitt 1. Mose 12 bis 17 erzählt – anwandte, um seine Haut zu retten. Auch Karl-Heinz Menzel musste in Amsterdam falsche Angaben machen, um einen Pass ohne das verhängnisvolle **J zu** bekommen. Vor allem aber musste er vor der deutschen Grenze alle Papiere vernichten, die seine jüdische Identität bezeugten. Als der Einundzwanzigjährige im August 1944 in Bochum ankam, war der Großvater bereits nach Treblinka deportiert und dort ermordet worden, die ältere Schwester Ruth mit ihrem Mann nach Auschwitz verschleppt, wo beide ebenfalls ermordet



Gedenkveranstaltung an den Stelen in Wattenscheid 9. Nov. 2014

Aufgrund seines aktiven konsequenten politischen Lebens konnte er viel bewirken, wurde häufig angefeindet und geriet oft auch in Gefahr. All das konnte ihn aber nicht abhalten, sich für seine Ideale noch engagierter einzusetzen. Auch politische Gegner konnten gelegentlich nicht anders, als ihn wegen seiner Hartnäckigkeit zu unterstützen, als er die Umbenennung des Platzes vor dem Wattenscheider Rathaus in den „Betty-Hartmann-Platz“ betrieb. Betty Hartmann war mit 14 Jahren das jüngste Wattenscheider Opfer des Holocaust. Gegen alle Widerstände aus der Verwaltung stimmten die politisch Verantwortlichen letztendlich seinem Vorschlag einstimmig zu.

Wir berichteten mehrfach über Hannes Engagement – zuletzt über die Verleihung der „Dr. Ruhr-Medaille“ an ihn 2013.

Am 28.10.2013, auf den Tag zwei Jahre vor seinem Tod, zeichnete der Düsseldorfer Dokumentarfilmer Bruno Neurath-Wilson sein Leben in einem beeindruckenden ca. 50-minütigen Film nach.

Im Folgenden drucken wir einen Artikel aus der Wattenscheider WAZ zu seinem Tode ab, der wichtige Stationen seines Lebens und Wirkens anschaulich wiedergibt.

Bericht und Fotos Günter Nierstenhöfer

Erinnerung an Hannes Bienert



Am 28. Oktober 2015 starb Hannes Bienert im Alter von 87 Jahren. Gesundheitlich war er schon länger angeschlagen. Die Beine wollten nicht mehr, doch das hielt ihn nicht von seinem Engagement ab. Noch zur Gedenkveranstaltung am 9. November 2014 ließ er sich im Rollstuhl fahren, erinnerte und mahnte in einer ihm eigenen ‚sehr ausführlichen‘ Rede an den Stelen - dem Ort, wo die Synagoge in Wattenscheid vor der Zerstörung 1938 gestanden hatte. Auch das Gedenken 2015 plante er mit klaren Vorstellungen

gen, als ich ihn im Sommer noch besuchte. Selbst das lästige Sauerstoffgerät, das er in der Wohnung immer wieder brauchte, konnte seine Gedanken und Pläne nicht bremsen. Mit seitenweisen Notizen und dem Telefon bereitete er alles genau vor ... bis er eineinhalb Wochen vorher starb.

Durch sein langes, konsequentes antifaschistisches Wirken und sein vielfältiges Engagement für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Krieg setzte er viele Zeichen - besonders in Wattenscheid, wo er nach Krieg und Flucht bis zum Schluss lebte. Vor allem war er immer wieder in Kontakt mit Jugendlichen. Für viele war er aufgrund seiner Erfahrungen und seines konsequenten Lebens ein Vorbild und bewirkte bei manchen, sich mit der Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen und daraus Grundlagen für ein zukunftsorientiertes, friedliches Leben mit Menschen anderer Kulturen und Einstellungen zu ziehen.

wurden. Der Vater Wilhelm Menzel, der sich geweigert hatte in die Scheidung von seiner jüdischen Frau einzuwilligen, war zur Zwangsarbeit im Lager Bettenhausen bei Kassel verurteilt worden. Nur die Mutter und die jüngere Schwester lebten noch in der alten Wohnung in Stahlhausen bis sie im September 1944 ebenfalls nach Bettenhausen abtransportiert wurden. Aus Sicherheitsgründen konnte Karl-Heinz natürlich nicht in die verlassene Wohnung einziehen. Nachbarn gewährten ihm Unterschlupf und räumten ihm bei den schlimmen Luftangriffen der letzten Kriegsmomente sogar einen Platz im Bunker ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Karl-Heinz Menzel zu denjenigen, die das jüdische Gemeindeleben in Bochum wieder aufgebaut und getragen haben. In dieser Zeit erfüllte sich an ihm die Zusage des Wochenabschnitts 1. Mose 12, 2: „Ich will dich segnen und du selbst sollst ein Segen sein.“ Zusammen mit dem 1954 verstorbenen Siegbert Vollmann sorgte er für die Einrichtung eines Betsaals im Alten Amtshaus an der Brückstraße. Nach dem Zusammenschluss der Jüdischen Gemeinden Bochum, Herne und Recklinghausen zu einer Verbundgemeinde ist er mehr als vier Jahrzehnte bei jeder Witterung nach Recklinghausen gefahren, wo alle vierzehn Tage die Gottesdienste stattfanden. Ebenso wie Rolf Abrahamson aus Marl hat Karl-Heinz Menzel ungezählte Kilometer mit dem Auto zurückgelegt, um Verwandte und Bekannte zum Gottesdienst abzuholen. Der Minjan, die Zehnzahl, war in der Recklinghäuser Synagoge dank des Einsatzes dieser beiden Männer immer garantiert. Nach der starken jüdischen Einwanderung seit 1990 engagierte sich Menzel für die Neuformierung der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, die Anfang 1999 erfolgte. Es schmerzt, dass er, der sich eine neue Synagoge in Bochum so sehr wünschte, aufgrund einer schweren dementiellen Erkrankung den Baubeginn nicht mehr wahrnehmen und die Vollendung dieses schönen Gebäudes nicht mehr miterleben konnte. Karl-Heinz Menzel starb im Juli 2006 und wurde auf dem Jüdischen Friedhof an der Wasserstraße beigesetzt.

Meine Damen und Herren, Karl-Heinz Menzel ist nicht Abraham. Aber für die Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen ist er

einer der „Väter des Glaubens“. Seine Treue zur jüdischen Religion, sein Engagement für den Gottesdienst als Herz des Gemeindelebens und seine Brückenfunktion zwischen der alten und der neuen Gemeinde sind nicht hoch genug einzuschätzen. Weil es Menschen wie ihn gegeben hat und gibt, freue ich mich über die Verleihung der Dr.-Ruer-Medaille und verspreche gern, mich auch weiterhin für diese Gemeinde und für jüdisch-christliche Begegnungen in Bochum einzusetzen. Das sei mein Dank für die erfahrene Ehrung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

noch zu, und die Ratio, die Auschwitz möglich werden ließ, verlangt doch am stärksten nach dem Dementi. Wenn wir Deutschen Auschwitz einfach vergäßen – wenn es denn ginge – folgten wir nur der Logik von Auschwitz, die spur- und erinnerungslose Vernichtung zum Ziel hatte. Ihr sich in minutiösen Erinnern und Dokumentieren entgegenzustellen, selbst so wenigstens vermittelt Zeuge zu werden, ist Voraussetzung für jedes ‚Nie wieder Auschwitz‘. Aus dem Wissen um die Vergangenheit die Notwendigkeit erkennen, die Kraft zu schöpfen, die Gegenwart und die Zukunft zu gestalten, darin besteht unsere Aufgabe:

Erinnern – für die Zukunft

sich in den Gesprächen einer Wirklichkeit aus, die ihre Auffassung von Normalität und Identität herausforderte und reflektierte. Die Stadt, in der sie leben, lernten sie mit dem Blick der Überlebenden von einer anderen Seite sehen, und wie sich die Perspektive auf Bochum änderte, änderte sich auch ihr Blick auf Geschichte und geschichtlich Vermitteltes. Die Reaktionen der Überlebenden zeigten, dass auch für sie diese Gespräche eine große Bedeutung hatten.

Es war nicht die Versöhnung mit der Geschichte, die propagiert wurde, sondern die Begegnung von Menschen, zwischen denen die Ermordung des jüdischen Volkes, zwischen denen Auschwitz steht, und die doch miteinander ins Gespräch gekommen sind. Dieser Versuch kam spät, doch solange es nur möglich ist, sollten diese Kontakte zwischen Überlebenden und Nachgeborenen gesucht und gefördert werden, damit es neben den Büchern und Filmen Menschen gibt, die hier, in Bochum, in der BRD, die Geschichten der Überlebenden auch dann noch erzählen können, wenn die Überlebenden der Shoah selbst sie nicht mehr erzählen können.

So füllen sich die Begriffe von Geschichte, Verantwortung und einer Erziehung nach Auschwitz ganz allmählich und konkret. Dieses prozesshafte und systemische Verständnis von Geschichte, das Geschichten erzählen lässt, ohne ihnen als Histörchen zu erliegen, stellt angesichts von Auschwitz besondere Fragen an die, die das Projekt Erziehung – als Eltern, als Lehrer oder wo auch immer – allmählich zu übernehmen haben. Immer müssen wir uns unserer Geschichte und ihrer historischen Bedingtheit stellen, müssen eine Verortung vornehmen und Zwänge und Notwendigkeiten freilegen und reflektieren, um frei zu werden, mit ihnen umzugehen. Dabei geht es immer sozusagen ‚ans Eingemachte‘, denn Geschichte vermittelt sich ja zuerst durch unsere Eltern und Großeltern. Seine Historizität lässt den Menschen Mensch sein. Aus dieser Geschichtlichkeit erwächst das Bewusstsein einer Verantwortung des Einzelnen für sein gestriges Tun, für den heutigen und den morgigen Tag.

Verantwortung schließt aber auch das Erbe ein, das wir auszuschlagen nicht frei sind. Dass wir nicht allein stehen, sondern in einer Folge, in der uns die Errungenschaften und Versäumnisse unserer Vorfahren beschäftigen müssen. Darum müssen wir erinnern und durcharbeiten, und um unseren Nachkommen selbst eine Welt zurückzulassen, in der eine Wiederholung von Auschwitz undenkbar bleibt. Dass Geschichte sich bewältigen ließe, ist eine gängige, aber m.E. falsche Behauptung. Auschwitz spitzt die Unmöglichkeit

Dankrede

Hubert Schneider

Erinnern – für die Zukunft

unter dieses Motto möchte ich, meine Damen und Herren, die folgenden kurzen Ausführungen stellen. Erinnern möchte ich dabei zunächst an ein Ereignis, das ziemlich genau 20 Jahre zurückliegt, gleichwohl Spuren hinterlassen hat, die bis in die Gegenwart führen. Zugleich hat es meine Arbeit in all den Jahren bestimmt. Im September 1995 waren 52 Mitglieder der alten jüdischen Gemeinde mit jeweils einem Angehörigen für eine Woche zu Gast in Bochum. Sie waren aus allen Teilen der Welt angereist: aus Chile, Argentinien, den USA, Südafrika, Israel, Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Österreich. Was diese Menschen verband, war die Tatsache, dass alle in Bochum geboren waren, alle in den Jahren nach 1933 Bochum, Deutschland unter schmachvollen Umständen verlassen mussten, wollten sie – wie wir heute wissen – überleben. Das alles geschah vor den Augen der gesamten Öffentlichkeit. Zu den ergreifendsten Ereignissen der Besuchswoche gehörte der Besuch eines Ortes in der früheren Wilhelmstraße, heute Huestraße. Was die Besucher mit diesem Ort verband, waren Jahre des Glücks. Hier standen die Synagoge und die jüdische Schule, Zentrum des Lebens der jüdischen Kultusgemeinde in Bochum über viele Jahre. Mit diesem Ort verbanden die Menschen aber auch ein Ereignis, das ihrem Leben eine entscheidende Wende gab: Die Zerstörung der Synagoge im November 1938. Wenn diese Menschen an Bochum dachten, waren es vor allem die Bilder der Pogromnacht, die die Erinnerung prägten. Lassen wir eine derjenigen, der es gelang, Deutschland zu verlassen, zu Worte kommen. Ilse Sternberg wurde am 4. Februar 1924 hier geboren. Ihre Eltern besaßen ein Manufakturwarengeschäft auf der Kortumstraße 112. Sie berichtete von deutlich antisemitischem Verhalten und Äußerungen im alltäglichen Leben, die weder sie noch ihre Eltern oder Verwandten zunächst ernst genommen hatten. Mit der Nacht vom 9./10. November 1938 änderte sich diese Einstellung. Die Familie lebte nun in existentieller Angst. 1939 wurde Ilse Sternberg von ihren Eltern nach England geschickt. Sie selbst fanden kein Aufnahmeland mehr, der Vater kam in Riga durch Genickschuss um, die Mutter wurde in den Gaskammern von Auschwitz erstickt.

An den 9. November 1938 erinnerte sich Ilse Sternberg wie folgt:

Trotz der Nürnberger Gesetze und ständig wachsenden Schikanen den Juden gegenüber waren wir doch nicht auf die grausamen Ereignisse in der Nacht vom 9. November 1938 vorbereitet. Sie sind mir für immer ins Gedächtnis gemeißelt. Obwohl mein Schlafzimmer nur ein Fenster zur Hofseite hatte, wurde ich doch von dem entsetzlichen Lärm aufgeweckt. Meine Eltern waren äußerst aufgeregt. Sie wussten natürlich nicht, dass eine organisierte Zerstörung jüdischer Geschäfte und Synagogen in ganz Deutschland im Gange war, und riefen sogleich die Polizei an, deren Pflicht es ja ist, Bürger vor vandalischen Gewaltmaßnahmen zu beschützen. Zuerst meldete sich niemand. Nach wiederholten Versuchen, die Polizei telefonisch zu erreichen, gab schließlich jemand eine ausweichende Antwort. Während der ganzen Nacht erschien kein einziger Polizist bei uns. Die Angriffe auf unser Geschäft wurden von ungefähr zwanzig Leuten durchgeführt und im Bochumer Anzeiger und in der Westfälischen Volkszeitung später als ‚spontan‘ bezeichnet. Zuerst wurden sämtliche Fensterscheiben zerbrochen, auch die große Schaufensterscheibe. Es hörte sich an, als ob diese durchschossen wurde. Trottoir und Straße waren mit Glasscherben übersät. Die Vandalen trampelten über die im Schaufenster ausgestellten Stoffe; was sie nicht plünderten, zerschnitten sie. Dann hieb dieser Pöbel mit Messern auf die Theken und Regale ein, die alle schwer beschädigt oder ganz zertrümmert wurden. Unsere gute Schreibmaschine wurde total zerstört. Als nichts mehr kaputt zu schlagen war, zogen die Banditen schließlich ab, nicht aber ohne den gesamten Kassensinhalt (Wechselgeld) mitzunehmen.

Der ohrenbetäubende Lärm hatte natürlich alle Nachbarn geweckt, von denen sich aber keiner zu unserer Hilfe rührte. Nach einiger Zeit schellten uniformierte SA Männer bei uns in der Privatwohnung im zweiten Stock und befahlen uns, sogleich sämtliche Glasscherben auf der Straße aufzufegen. Ich begleitete meine Mutter mit Besen und Eimer nach unten, wo wir uns zu der unwürdigen Strafarbeit der Beseitigung der uns zugefügten Schäden erniedrigen mussten. Zwei Tage später kamen nochmals SA Männer zu uns in die Wohnung, um meinen Vater in ‚Schutzhäft‘ zu nehmen. Dieser war aber gerade nach Siegburg gefahren, wo seine, durch den ersten Weltkrieg verwitwete, Schwester Rosa Bock alleine wohnte, um ihr eventuell zur Seite zu stehen. Aber die SA-Männer waren sehr argwöhnisch und durchsuchten unsere Wohnung. Noch heute erinnere ich mich, dass sie auch unter die Betten guckten. Als mein Vater von Siegburg zurückkam, wagte er mehrere Wochen nicht, auf die Straße zu gehen.

Zu der Zeit war es noch etwas weniger gefährlich für jüdische Frauen auf der Straße gesehen zu werden, als für jüdische Männer. So wachten meine Mutter und ich über das nun offene Schaufenster, durch das der Laden ohne weiteres betreten werden konnte. Einen Teil des Inventars trugen wir nach oben in unsere Wohnung. Am nächsten Morgen (10. November) erfuhren wir, dass identische Angriffe gegen jüdische Geschäfte während der vorhergehenden Nacht im ganzen Reich verübt worden waren und dass also weder ein Versicherungsantrag noch eine Anklage bei den Behörden irgendwelchen Zweck hatte. Von diesem Augenblick an waren wir ganz vogelfrei.

Meine Damen und Herren, für Ilse Sternberg kam die Einladung nach Bochum zu spät. Wenige Wochen, bevor die Anfrage des Vereins ‚Erinnern für die Zukunft‘ kam, verstarb sie. Wie ihr Mann und ihre beiden Söhne versicherten, hatte sie über all die Jahre auf diese Einladung gewartet, am Ende ihres Lebens ihre Söhne aufgefordert, an ihrer Stelle nach Bochum zu fahren, sollte eine solche Einladung kommen. Ihnen sollten – so schrieb sie – die Geschehnisse, die zum Mord ihrer Großeltern führten, am Ort der Vertreibung ins Gedächtnis gemeißelt werden. Die beiden Söhne von Ilse Sternberg gehörten zu den Besuchern von 1995.

Der Besuch, meine Damen und Herren, war für alle Beteiligten ein großes Erlebnis: Für alle Mitglieder der früheren jüdischen Gemeinde, die es auf sich nahmen, sich der Erinnerung zu stellen. Für alle Bochumer von heute, die an dieser Begegnung teilnehmen durften. Dabei ist die Geste der Besucher viel höher einzuschätzen, was wir taten, war eigentlich eine Selbstverständlichkeit, der wir leider viel zu spät gerecht wurden. Wir sind noch heute allen dankbar dafür, dass sie trotzdem zu uns gekommen sind, wir sie kennenlernen durften.

Denn – wie ein Besucher in einem nachträglichen Brief schreibt – wir haben die Bemühungen um die Durchsetzung und die Durchführung des Besuches nicht nur für die Gäste, sondern auch für uns auf uns genommen. Warum das? Ich möchte Ihnen das am Beispiel einer Gruppe demonstrieren, die zum Gelingen des Besuchs entscheidend beigetragen hat. Es sind die zahlreichen jungen Betreuerinnen und Betreuer, zumeist – aber nicht nur – Studierende der hiesigen Hochschulen.

Mit großem Einfühlungsvermögen begaben sie sich gleichsam als Nachgeborene in die Begegnung mit den Besuchern. Sie setzten